

Hochschule Osnabrück

University of Applied Sciences

FAKULTÄT WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bachelorprogramm Öffentliche Verwaltung

Bachelorarbeit

Nach Abgabe der Bachelor-Arbeit wurde diese Version in formaler Hinsicht bearbeitet.

Thema: Rechtliche Grenzen und Chancen der Liquid Democracy
auf kommunaler Ebene

Erstprüferin: Frau Prof. Dr. Hermann
Zweitprüfer: Herr Prof. Biester

Bearbeiter: Jan-Eike Meyer
Matrikelnummer: 550426

Ausgabedatum: 22.05.2015
Abgabedatum: 03.07.2015

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	I
Einführung	1
Darstellung der Liquid Democracy	1
Die Liquid-Democracy-Idee	2
Das Konzept der Cooperative Liquid Democracy	5
Übersicht	5
Ausweitung des NKomVG durch die Cooperative Liquid Democracy	6
Verfahren bei Initiative des Liquid-Democracy-Organes	7
Verfahren bei Initiative der Vertretung	9
Wiederholte Abstimmungen.....	9
Rechtliche Prüfung.....	10
Zulässigkeit plebiszitärer Elemente auf kommunaler Ebene	10
Die Cooperative Liquid Democracy – ein neues „Olympiagesetz“?	13
Abschaffen der Vertretung	14
Abschaffen durch die Gemeindeversammlung	14
Die Gemeindeversammlung – ein sich wandelnder Begriff?.....	18
Tatsächliche und rechtliche Hürden der Gemeindeversammlung.....	19
Achtung von Wahlrechtsgrundsätzen bei Online-Abstimmungen	20
Allgemeinheit der Wahl	23
Gleichheit, Geheimheit und Freiheit der Wahl, Manipulationen	26
Dezentralisierung als Risikofaktor.....	27
Freiheit der Wahl: Chilling Effects	29
Sicherung von Daten.....	30
Manipulationen	32
Öffentlichkeit der Wahl.....	34
Delegated Voting im verfassungsrechtlichen Kontext	41
Zulässigkeit der Quoren und Fristen.....	43
Quoren und Fristen im üblichen Verfahren.....	43
Verfahren bei wiederholtem Initiativrecht in derselben Sachentscheidung	45
Fazit	46
Anhang.....	II
Literaturverzeichnis.....	VI

Einführung

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus¹“. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland lässt keine Zweifel: Deutschland ist eine Demokratie. Aber vor allem angesichts sinkender Wahlbeteiligung² stellt sich auch die Frage nach Problemen, die die deutsche Demokratie plagen. So titelte eine lokale Tageszeitung vor dem Hintergrund der niedrigen Wahlbeteiligung bei den Bremer Bürgerschaftswahlen, die repräsentative Demokratie schwächele³. Die Schwäche betrifft dabei nicht nur Landtagswahlen, sondern auch Wahlen auf kommunaler Ebene. So lag die Wahlbeteiligung in den Gemeindewahlen 2011 nur bei 53,3 %⁴ und damit sogar noch unter der Wahlbeteiligung in den Landtagswahlen des Landes Niedersachsen (2013: 59,4 %⁵).

Es stellt sich daher etwa die Frage, in welche Richtung die Demokratie sich entwickeln sollte, um aktuellen Problemen Rechnung zu tragen. Zur Weiterentwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland werden viele, teils widersprüchliche Ideen, Theorien und Konzepte vertreten⁶. Eine davon ist das Konzept der *Liquid Democracy*, welche anhand einer speziellen Theorie beleuchtet und auf ihre rechtliche Umsetzbarkeit geprüft werden soll.

Darstellung der Liquid Democracy

Die bisherige Forschung auf dem Gebiet der Liquid Democracy ist vor allem Grundlagenforschung politikwissenschaftlicher Natur. Eine Einführung der Liquid Democracy auf staatlicher Ebene wird vom Verein Interaktive Demokratie e.V. als nicht möglich erachtet⁷. Auch der Verein Liquid Democracy e.V. sieht Liquid Democracy zumindest nicht ausschließlich als Staatskonzept an⁸. Eine rechtliche Betrachtung der Einführung der Liquid Democracy auf Staatsebene ist bisher nicht erfolgt. Dabei ist in dieser Ausarbeitung Folgendes zu beachten:

1. Um eine rechtliche Prüfung zu erlauben, wird in dieser Arbeit eine neuartige, auf der Liquid Democracy basierende, Demokratietheorie entwickelt. Das in dieser Ausarbeitung dargestellte Modell soll keinesfalls als fertiges, einsatzfähiges Modell verstanden werden. Denn erstens stellen die verfassungsrechtlichen Erwägungen lediglich meine Einschätzungen dar, die gerichtlich zum Teil nicht festgesetzt sind. Zweitens soll aus

¹ Art. 20 Abs. 1, 2 S. 1 GG

² Erb/Doemens, <http://www.fr-online.de/politik/politikverdrossenheit--was-tun-gegen-sinkende-wahlbeteiligung-1472596,30683908.html>

³ Ostfriesen-Zeitung, 16.05.2014, S. 4

⁴ Landesamt für Statistik Niedersachsen, <http://www1.nls.niedersachsen.de/statistik/>, Tabelle K5000110, Gemeindewahlen 2011

⁵ Landesamt für Statistik Niedersachsen, <http://www1.nls.niedersachsen.de/statistik/>, Tabelle K5000110, Landtagswahlen 2013

⁶ diese reichen von Liquid Democracy über die „reine“ direkte Demokratie bis zu einer Demarchie

⁷ Nitsche / Interaktive Demokratie e.V. (Hrsg.), <http://www.interaktive-demokratie.org/news/2013/20130417-Liquid-Democracy-ist-keine-Alternative-zur-parlamentarischen-Republik.de.html>

⁸ Liquid Democracy e.V., http://wiki.liqd.net/Direkter_Parlamentarismus/Einführung

Platzgründen auf Ausführungen zu einigen Teilen, insbesondere Detailregelungen im Verfahren, verzichtet werden.

2. Eine Einführung von Liquid-Democracy-Systemen ist im NKomVG nicht vorgesehen, sodass es voraussichtlich mindestens zu einer Gesetzänderung kommen muss. Daher wird diese Ausarbeitung sich vor allem mit der Frage beschäftigen, inwiefern das von mir entwickelte Liquid-Democracy-Konzept verfassungsrechtlich tragbar ist.

Die Liquid-Democracy-Idee

Der Begriff der Liquid Democracy (engl.: „flüssige Demokratie“) bezeichnet eine Vielzahl unterschiedlicher Konzepte zur Ausübung demokratischer Macht. Sebastian Jabbusch beschreibt Liquid Democracy als direktdemokratisches System, welches um Elemente der repräsentativen Demokratie ergänzt wurde⁹. In einigen Theorien¹⁰ stellt das Delegated Voting dabei den Kern dar.

Im Rahmen des Delegated Voting (engl.: „delegiertes Abstimmen“) können Stimmen, wie in der repräsentativen Demokratie, an bestimmte Personen abgegeben werden. Der Unterschied zum Ansatz der repräsentativen Demokratie liegt daran, dass diese Stimme jederzeit wieder entzogen werden kann. Die Stimme wird also, anders als in der traditionellen repräsentativen Demokratie, „im Fluss“ gehalten, woher der Name der Liquid Democracy kommt. Auch kann eine Stimme nur für ein bestimmtes Sachgebiet übertragen werden. Letztlich könnte jede Person die Stimme auch nicht übertragen und in Sachentscheidungen selbst abstimmen.

Eine Person könnte damit im Idealfall etwa im Bereich der Bildungspolitik, der direktdemokratischen Idee folgend, selbst über Belange abstimmen und sich an Diskussionen beteiligen, seine Stimme im Bereich der Verkehrspolitik an seinen Bruder und seine Stimme im Bereich der Agrarpolitik an seinen Freund abgeben, der Landwirt ist. Dabei ist wichtig, dass empfangene Stimmen im Rahmen der Liquid Democracy auch weitergetragen werden können (sogenannte „Kettendelegationen“¹¹).

Liquid Democracy wird hierbei oft als „Kompromiss“ zwischen der direkten Demokratie und der repräsentativen Demokratie ausgelegt¹².

Die direkte Demokratie funktioniert in Flächenstaaten wie der Bundesrepublik Deutschland nicht¹³. Denn es ist nicht möglich, dass sich alle Bürger ständig beraten können. Zwar ist durch das Internet wieder ein „gemeinsamer Marktplatz“ verfügbar. Alle Bürger könnten sich im Internet austauschen.

⁹ Jabbusch, http://www.sebastianjabbusch.de/wp-content/uploads/2011/04/Die_Idee_von_Liquid_Democracy.pdf, S. 2

¹⁰ etwa hier: Liquid Democracy e.V., <https://liqd.net/schwerpunkte/theoretische-grundlagen/liquid-democracy/>

¹¹ der Begriff taucht etwa hier auf: Rudolph, <http://blog.nlohmann.me/20130314/delegationen/>

¹² Jabbusch, http://www.sebastianjabbusch.de/wp-content/uploads/2011/04/Die_Idee_von_Liquid_Democracy.pdf, S. 2; „Mischung“

¹³ a.a.O.

Jedoch wird kritisiert, dass der Bürger keine Zeit habe, sich mit allen Entscheidungen auseinanderzusetzen. Folgt man der Staatstheorie von Jean-Jacques Rousseau, so ist zudem der mangelnde Minderheitsschutz zu kritisieren. So ist der von Rousseau angedachte *volonté générale* in der Praxis nicht durchsetzbar¹⁴. Die repräsentative Demokratie leide dagegen an dem Problem der Länge der Wahlzyklen und den dem gegenüberstehenden Zustimmungswerten, die von Monat zu Monat und Thema zu Thema schwanken. Teilweise wird die Stimmenabgabe der Wähler bei Wahlen als „Entmachtung“ der Wähler bezeichnet¹⁵.

Die Liquid Democracy verfolgt hierbei folgende Ziele¹⁶:

1. *Auflösung der zeitlichen Begrenzung*. Im Rahmen des Delegated Voting wird nicht alle vier oder fünf Jahre gewählt, sondern die Stimme wird „im Fluss“ gehalten. Dabei ist eine Abstimmung bis zu einem bestimmten Termin, bis zu einem bestimmten Quorum oder sogar Open End denkbar.
2. *Auflösung der „inhaltlichen Begrenzung“*. Anstatt eine Partei und damit das gesamte Wahlprogramm dieser als „Komplettpaket“ zu wählen, stimmen die Abstimmungsberechtigten gemeinsam über jedes Thema einzeln ab. Dabei ist jedes Thema denkbar, dass die nötige Unterstützung findet.
3. *Auflösung der „partizipatorischen Begrenzung“*: Nach dem Ansatz der partizipatorischen Demokratie, insbesondere der deliberativen Demokratie nach Jürgen Habermas, wird jedem Wähler freigestellt, an jedem Gesetzestext mitzuarbeiten. Dies bricht insoweit mit den jetzigen Instrumenten des Volksentscheides, als dass die jetzigen Volksentscheide größtenteils eine Möglichkeit des Volkes darstellt, mit „Ja“ oder „Nein“ abzustimmen. Eine Diskussion findet dabei lediglich in den Parlamenten bzw. in der jeweiligen Bürgerinitiative statt.

In welches System Liquid Democracy einzuordnen ist, ist durchaus umstritten. Oftmals wird dabei die Ansicht vertreten, dass Entscheidungen, die aus dem System der Liquid Democracy erwachsen, zumindest in gewisser Weise bindend sein müssen¹⁷. In einigen Theorien der Liquid Democracy soll das Volk sämtliche legislativen Aufgaben des Parlamentes¹⁸ erfüllen¹⁹, wodurch das Parlament soweit entmachtet wird, als dass lediglich die sonstigen Funktionen auf das Parlament entfallen. Fraglich ist dabei, inwiefern das Parlament bei einer solchen Auffassung noch eine Existenzberechtigung hätte.

¹⁴ Floren, S. 16- 19

¹⁵ Jabbusch, http://www.sebastianjabbusch.de/wp-content/uploads/2011/04/Die_Idee_von_Liquid_Democracy.pdf, S. 2 - 3

¹⁶ Liquid Democracy e.V., <https://liqd.net/schwerpunkte/theoretische-grundlagen/liquid-democracy/>

¹⁷ Vogelmann, Frieder, per E-Mail vom 21.05.2015, frieder.vogelmann@uni-bremen.de

¹⁸ Auf kommunaler Ebene: Vertretung, gemeint ist die Gesetzgebung als Aufgabe, nicht unbedingt die *Legislative*

¹⁹ Jabbusch, http://www.sebastianjabbusch.de/wp-content/uploads/2011/04/Die_Idee_von_Liquid_Democracy.pdf, S. 2;

Zwar könnte man hier anmerken sein, dass der Gemeinderat keinen Teil der Legislative darstellt und damit auch keine legislativen Funktionen wahrnimmt²⁰. Der Gemeinderat ist nämlich zwar die Volksvertretung i.S.d. Art. 28 Abs.1 S. 2 GG, Art. 57 Abs. 2 S. 1 NV, jedoch kein Parlament im eigentlichen Sinne²¹. An dieser Stelle muss die Definition von Jabbusch an den kommunalen Aufbau angepasst werden. Hintergrund der Liquid Democracy ist es, die Entscheidungskompetenzen von einem gewählten Organ auf die Bürger an sich zu übertragen (Jabbusch spricht gar von einer „Entmachtung“ an der Urne²², die zu verhindern sei). Vor diesem Hintergrund wird eine Verlagerung der Entscheidungskompetenzen im Bereich der Rechtsetzung – unabhängig von der Einstufung des bis jetzt machthabenden Organes – von diesem auf den Bürger gefordert. Dabei sind auf kommunaler Ebene die Aufgaben der Vertretung in § 58 NKomVG geregelt. Dies sind dabei neben den rechtsetzenden Kompetenzen durch Satzungen gemäß §§ 58 Abs. 1 Nr. 5, 10 NKomVG viele wirtschaftliche und haushaltsrechtliche Entscheidungen.

Eine solche Anschauung des Konzeptes der Liquid Democracy würde einen massiven Umbruch bedeuten. Letztendlich würde aus der repräsentativen und damit schwerpunktmäßig „indirekten“ Demokratie eine fast rein direkte Demokratie, die lediglich durch das Element des Delegated Voting um repräsentative Elemente ergänzt würde.

Eine andere Auffassung der Liquid Democracy setzt den Fokus auf ein rein deliberatives Element. Diese Auffassung entspricht in weiten Teilen dem Projekt Liquid Friesland²³, das seit 2012 beim Landkreis Friesland in Niedersachsen läuft. Hierbei besteht zwar die Möglichkeit, über Sachthemen direkt abzustimmen sowie die Stimme im Rahmen des Delegated-Voting-Konzeptes auch an Dritte abzugeben. Allerdings fehlt es den endgültigen Ergebnissen der im Liquid-Democracy-Verfahren durchgeführten Diskussionen an rechtlicher Verbindlichkeit. Bis zum jetzigen Zeitpunkt werden die Entscheidungen lediglich als Anregungen im Sinne des § 34 NKomVG gesehen²⁴. Nach einem Beschluss des Kreistages des Landkreises Friesland vom 11.07.2012 werden eigene Initiativen der Bürger automatisch auf die Tagesordnung der Vertretung gesetzt. Meinungsbilder zu Vorlagen der Kreisverwaltungen werden als Bürgerbefragung gem. § 35 NKomVG angesehen²⁵.

²⁰ Landesinstitut für Schulentwicklung,

<http://www.schule-bw.de/unterricht/faecher/gemeinschaftskunde/material/partizipation/legislative/grundsatzliches.htm>

²¹ Seybold/Neumann/Weidner/Koop (Hrsg.)/Weidemann (Hrsg.), S. 90

²² Jabbusch, <http://www.sebastianjabbusch.de/wp-content/uploads/2011/10/Liquid-Democracy-in-der-Piratenpartei-Eine-Neue-Chance-fur-die-innerparteiliche-Demokratie-im-21-Jahrhundert-By-Sebastian-Jabbusch.pdf>, S. 35

²³ hier zu finden: Landkreis Friesland, <https://www.liquid-friesland.de/>

²⁴ Landkreis Friesland,

https://www.friesland.de/downloads/datei/OTaxMDA0MTUzOy07L3Vzei9sb2NhbC9odHRwZC92aHRkb2NzL2ZyaWVzbGFuZC9mcmlle2xhbmQvbWVkaWVvL2Rva3VtZW50ZS9saXF1aWRmcmlle2xhbmRfZXZhbHVpZXJ1bmdfanVuaTlwMTMucGRm&ei=XK2NVdq3Bou0UYa_gsgB&usg=AFQjCNGrvMk3XdDYbetaULgkV3kVigBtjw&bvm=bv.96783405,d.d24&cad=rja

²⁵ ebd

Zu dieser Art der Liquid Democracy gibt es durchaus unterschiedliche Ansichten. So schrieb Rouven Brües am 19.02.2014²⁶, es sei mit der Liquid Democracy vereinbar, dass digital getroffene Entscheidungen von der Vertretung²⁷ nur besprochen werden müssen oder [diese] als Veto agieren könnte. Dagegen spricht sich etwa Frieder Vogelmann aus²⁸. Sehe man die Entscheidungen, die im Rahmen der Liquid Democracy entstanden sind, nicht als bindend an, so wäre die Liquid Democracy „nicht viel mehr als ein nettes Sandkastenspiel“. Dieser Auffassung schließe ich mich an.

Es muss dementsprechend eine Zwischenlösung zwischen den beiden oben ausgeführten Alternativen entstehen. Dabei sollte den Entscheidungen, die in einem Liquid-Democracy-Verfahren getroffen wurden, einerseits eine gewisse Rechtsverbindlichkeit zukommen. Andererseits ist jedoch darauf zu achten, dass die Vertretung in seiner aktuellen Form – wenn auch nicht mit unveränderter Kompetenz – weiterhin bestehen bleibt und in ihren Funktionen im Wesentlichen nicht ausgehöhlt wird.

Das Konzept der Cooperative Liquid Democracy

Vorgeschlagen wird dabei das System der Cooperative Liquid Democracy (engl.: „kooperative flüssige Demokratie“).

Übersicht

Das System der Cooperative Liquid Democracy besteht sowohl aus einer Vertretung, die in der jetzigen Form besteht und zu den heutigen Regeln des NKomVG / NKWG gewählt wird, als auch aus einem „Liquid-Democracy-Organ“. Letzteres Organ besteht dabei aus allen Bürgerinnen und Bürgern der Kommune, die sich in diesem Organ angemeldet haben. Bei der Cooperative Liquid Democracy handelt es sich dabei um eine stark abgeschwächte Form der Liquid Democracy. Sie erhebt dabei nicht den Anspruch, alle Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung auszureizen, sondern eine verfassungsgemäße und praxisnahe Form der demokratischen Machtausübung darzustellen. Innerhalb der Cooperative Liquid Democracy können Bürger an beinahe jedem Gesetz mitwirken und –entscheiden, müssen dies aber nicht.

Dabei lebt das Konzept der Cooperative Liquid Democracy von zwei Grundprinzipien:

1. Autonomie der zwei Organe: Die Vertretung hat keinen direkten Einfluss auf die Zusammensetzung des „Liquid-Democracy-Organes“; ebenso hat das „Liquid-Democracy-Organ“ keinen direkten Einfluss auf die Zusammensetzung der Vertretung und deren

²⁶ Brües, Rouven, per E-Mail vom 19.02.2014, rouven.brues@liqd.de

²⁷ Wörtlich: „vom Parlament“

²⁸ Vogelmann, Frieder, per E-Mail vom 21.05.2015, frieder.vogelmann@uni-bremen.de

Organen, etwa der Ausschüsse. Beide Organe sind unabhängig voneinander entscheidungsberechtigt und haben das Recht, sich selbst zu gliedern. Dabei ist wichtig, dass die Vertretung dabei weiterhin vom Volk in den allgemeinen Wahlen gewählt wird.

2. Kooperation der zwei Organe: Im Laufe des Entscheidungsverfahrens sind beide Organe dazu angehalten, sich untereinander auszutauschen.

Die Cooperative Liquid Democracy weicht insoweit von der klassischen Theorie der Liquid Democracy ab, als dass die Idee des Delegated Voting nicht verfolgt wird. Denn ein repräsentatives Organ, wie es in der „reinen“ Liquid Democracy nicht vorkommen würde, existiert in der Cooperative Liquid Democracy durch die Vertretung. Zwar wird das Delegated-Voting-Prinzip in der Auffassung des Liquid Democracy e.V. als Kern der Liquid Democracy verstanden²⁹. Die Zeitung „Der Freitag“ stellt jedoch klar, dass dies nur ein Vorschlag, wenn auch der prominenteste, für die Umsetzung der Liquid Democracy ist. Ziel sei, die demokratische Teilhabe zu erhöhen, also möglichst viele Menschen am politischen Geschehen zu beteiligen³⁰. Meiner Ansicht nach wird die demokratische Meinungsfindung auch dann „verflüssigt“, wenn die Bürger im Rahmen der Cooperative Liquid Democracy sich an der Entscheidung, die sonst allein der Vertretung vorenthalten war, direkt beteiligen können, es dies aber nicht müssen. Die Cooperative Liquid Democracy mag daher als abgeschwächte Form der Liquid Democracy verstanden werden. Allerdings stellt sich das Prinzip des Delegated Votings bereits auf den ersten Blick als verfassungsrechtlich kritisch dar. Eine detaillierte Prüfung erfolgt in der rechtlichen Auseinandersetzung mit diesem Modell.

Ausweitung des NKomVG durch die Cooperative Liquid Democracy

Die Cooperative Liquid Democracy weitet das NKomVG dahingehend aus, als dass auch das „Liquid-Democracy-Organ“ das Initiativrecht für Sachentscheidungen erhält. Die Vertretung mitsamt ihren Ausschüssen bleibt in ihrer Wahl der Besetzung der Ausschüsse autonom. Das Initiativrecht des Liquid-Democracy-Organes verändert auch nicht die Voraussetzungen eines ordnungsgemäßen Beschlusses der Vertretung, etwa auch die Vorbereitung durch den Hauptausschuss gem. § 76 Abs. 1 NKomVG. Die Cooperative Liquid Democracy erkennt ausdrücklich auch der Vertretung weiterhin das Recht zu, ihr Initiativrecht auszuüben.

Zur Ausübung des Initiativrechtes muss das Liquid-Democracy-Organ ein bestimmtes Quorum erreicht haben. Hierbei geht es zunächst lediglich um das Interesse an einer Debatte um das Thema, nicht um die letztendliche Sachentscheidung. Dieses Quorum könnte sich dabei an den für

²⁹ Liquid Democracy e.V., <https://liqd.net/schwerpunkte/theoretische-grundlagen/liquid-democracy/>

³⁰ Kraft, <https://www.freitag.de/autoren/steffen-kraft/was-ist-liquid-democracy>

Bürgerbegehren geltenden Quoren ausrichten. Es liegt etwa in Niedersachsen gemäß § 32 Abs. 4 S. 1 NKomVG bei zehn Prozent. Da es hier allerdings nur um die reine Diskussion um ein Thema geht, geht die Cooperative Liquid Democracy von einer deutlichen niedrigeren Quote, etwa von 3-5 % der wahlberechtigten Bürger der Kommune, aus³¹. Kommt die Vorlage aus der Vertretung, so hat sie diese dem Liquid-Democracy-Organ für einen gewissen Mindestzeitraum deutlich zu machen. Das Liquid-Democracy-Organ hat dann Mitspracherecht, wenn es das o.g. Quorum überschreitet. Verfahrenstechnisch ist es in etwa wie das heutige Bürgerbegehren anzuschauen.

Die Vertretung ist damit immer an Entscheidungen beteiligt. Scheitert das Liquid-Democracy-Organ bei dem Versuch der Ausübung seines Initiativrechtes an dem Quorum, so findet die Entscheidung nicht, auch nicht alleinig durch die Vertretung statt. Zudem hat die Vertretung alleiniges Entscheidungsrecht in folgenden Bereichen: Fragen der inneren Organisation der Kommunalverwaltung, die Rechtsverhältnisse der Gemeinderatsmitglieder, der Bürgermeister und der Gemeindebediensteten, die Haushaltssatzung, die Jahresabschlüsse.

Sind sowohl die Vertretung als auch das Liquid-Democracy-Organ an der Entscheidung beteiligt, so haben beide Organe die Diskussionen des jeweils anderen in ihrer Entscheidung zu berücksichtigen. Dabei werden alle Diskussionen auf der Plattform des Liquid-Democracy-Organes geführt; die Vertretung hat dabei ihre Diskussionen in konsolidierter Fassung darzustellen. Für das Liquid-Democracy-Organ zählt dabei die relative Mehrheit aller Abstimmungs- und Wahlberechtigten im Liquid-Democracy-Organ.

Da Liquid Feedback generell als transparenter und basisdemokratischer als Adhocracy gilt³², soll das Liquid-Democracy-Organ verfahrensmäßig – mit Einschränkungen - mit diesem System funktionieren.

Verfahren bei Initiative des Liquid-Democracy-Organes³³

Möchte das Liquid-Democracy-Organ eine Initiative starten, so gilt der Vorschlag innerhalb der Software zunächst als “neu”. Überschreitet das Thema das Quorum innerhalb einer gewissen Zeit nicht, so gilt der entsprechende Antrag als abgelehnt. Wird das Quorum jedoch überschritten, kommt der Antrag in die zweite Phase, in der sachliche Diskussionen möglich sind. Auch können mehrere Alternativvorschläge über ein Thema eingereicht werden. Die Vertretung wird bereits informiert. Nach Ablauf eines Monats entscheidet sich das Liquid-Democracy-Organ für einen Vorschlag, den es gemeinsam vertreten möchte. Das Liquid-Democracy-Organ informiert darüber

³¹ vgl. dazu auch: Art. 18a Abs. 6 GO (Bayerische Gemeindeordnung)

³² Seeger, <http://www.heise.de/ix/meldung/Liquid-Democracy-Mit-Software-zu-mehr-Mitbestimmung-1627569.html>

³³ vgl. Abbildung 1

die Vertretung. Danach wechselt der Vorschlag, nun konkretisiert, in die dritte Phase. Nach einer weiteren vierwöchigen Diskussion wird der Antrag für zwei Wochen “eingefroren”. Eine sachliche Diskussion findet während dieser Zeit nicht statt; sie dient lediglich dazu, den Abstimmungsberechtigten zu ermöglichen, eine wohlüberlegte Entscheidung zu treffen. Nach Ablauf dieser Frist gelangt der Antrag dann in die Phase der Abstimmung durch das Liquid-Democracy-Organ. Die Entscheidung der Vertretung soll gleichzeitig, ggf. mit einer max. Verspätung von einer Woche, vorliegen. Beide Organe können Fristverlängerungen beim anderen Organ beantragen, welche darüber innerhalb einer Woche entscheiden müssen.

Jeder Vorschlag aus den Reihen des Liquid-Democracy-Organes muss dabei eine Begründung und einen Kostendeckungsvorschlag beinhalten.

Innerhalb der Phase der Abstimmung kann jedes Mitglied des Liquid-Democracy-Organes mit JA, NEIN oder ENTHALTUNG abstimmen. In Anlehnung an § 66 NKomVG werden Enthaltungen nicht bei dem Abstimmungsergebnis berücksichtigt. Demnach werden Beschlüsse mit der Mehrheit der auf Ja oder Nein lautenden Stimmen gefasst (...). Der Enthaltung kommt eine Nicht-Abgabe der Stimme gleich. Der Beschluss des Liquid-Democracy-Organes ist in Anlehnung an § 65 Abs. 1 S. 1 NKomVG nur dann ordnungsgemäß, wenn mehr als die Hälfte der zur Abstimmung berechtigten Mitglieder des Organes ihre Stimme abgegeben haben und wenn diese Mehrheit in Anlehnung an § 33 Abs. 3 Abs. 3 NKomVG mindestens 25 % der nach § 48 NKomVG Wahlberechtigten beträgt.

Im Rahmen der Abstimmung zählen die Stimmen beider Organe zu je fünfzig von hundert. Bei Stimmgleichheit zählt die Entscheidung der Vertretung. Herrscht auch in der Vertretung eine Stimmgleichheit, so gilt der Antrag in Anlehnung an § 66 Abs. 1 S. 2 NKomVG als abgelehnt. Ist der Beschluss des Liquid-Democracy-Organes nicht ordnungsgemäß zu Stande gekommen, weil es die notwendige Quoren nicht erreichen konnte, so hat die Vertretung zwar das Ergebnis des Liquid-Democracy-Organes zu berücksichtigen, praktisch enthält sich das Liquid-Democracy-Organes jedoch.

Beispiel: Sollte ein neues Schwimmbad betrieben werden?

Konstellation	Vertretung	Liquid-Democracy-Organ	Ergebnis
1	56 % JA, 44 % NEIN	71 % JA, 29 % NEIN	In beiden Organen Mehrheit, JA
2	40 % JA, 60 % NEIN	66 % JA, 34 % NEIN	Insg. 53 % JA, also JA
3	25 % JA, 75 % NEIN	75 % JA, 25 % NEIN	Patt-Situation, aber in Vertretung abgelehnt, also NEIN
4	50 % JA, 50 % NEIN	50 % JA, 50 % NEIN	Absolute Patt-Situation, also NEIN
5	70 % JA, 30 % NEIN	3 % JA, 97 % NEIN, aber nicht ordnungsgem	JA, da Liquid-Democracy-Organ sich enthalten hat

Beide Patt-Situationen sollten nur in Ausnahmefällen auftreten. Damit ist das Liquid-Democracy-Organ im Bezug auf die Verbindlichkeit seiner Entscheidungen der Vertretung in weiten Teilen gleichgestellt.

Verfahren bei Initiative der Vertretung

Übt die Vertretung ihr Initiativrecht aus, so hat sie das Liquid-Democracy-Organ davon unverzüglich zu unterrichten. Innerhalb des Liquid-Democracy-Organes erhält auch dieser Antrag den Titel "neu". Das Liquid-Democracy-Organ erhält, sofern es das Quorum von 3 - 5 % überschreitet, das Recht zur Mitsprache und –entscheidung. Andernfalls entscheidet lediglich die Vertretung. Wird das Quorum überschritten, so beginnt das o.g. Verfahren mit Phase 2. Dabei steht es dem Liquid-Democracy-Organ allerdings lediglich frei, mit der Vertretung sachlich zu diskutieren, es steht dem Liquid-Democracy-Organ jedoch nicht frei, Alternativvorschläge als Thema für die Entscheidung zu setzen. Mit anderen Worten: Das Organ, das ein Thema im Rahmen seines Initiativrechtes vorschlägt, entscheidet auch darüber, in welcher Form über dieses abgestimmt wird. Die Phasen 3 – 4, einschließlich der Regelungen zur Abstimmung, sind identisch zum Verfahren bei einer Initiative durch das Liquid-Democracy-Organ.

Wiederholte Abstimmungen

Über das gleiche Thema kann das Liquid-Democracy-Organ nur nach Ablauf von zwei Jahren abstimmen. Das Liquid-Democracy-Organ kann auch dann über dieses Thema entscheiden, wenn die Vertretung eine Entscheidung über dieses Thema vorsieht und das Liquid-Democracy-Organ das übliche Quorum überschreitet.

Rechtliche Prüfung

Nachdem eine eingehende Darstellung der Cooperative Liquid Democracy stattgefunden hat, soll nun eine rechtliche Würdigung, insbesondere mit Blick auf die Verfassungsmäßigkeit dieses Konzeptes, erfolgen.

Zulässigkeit plebiszitärer Elemente auf kommunaler Ebene

Treffen Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Liquid Democracy schlussendlich selbst Sachentscheidungen, so sind diese Entscheidungen als Teil der plebiszitären (direkten) Demokratie zu betrachten. Denn Plebiszite sind alle Formen unmittelbarer, direktdemokratischer Beteiligung der Wahlbevölkerung an der politischen Willensbildung³⁴. Unterschiedliche Elemente der Bürgerbeteiligung in Kommunen im Land Niedersachsen sind in den §§ 31 – 35 NKomVG geregelt.

Gemäß Art. 20 Abs. 2 S. 2 GG wird die Staatsgewalt vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. Dabei geht das Grundgesetz zunächst von einer repräsentativen Demokratie aus^{35,36,37}. Eine Bestimmung des Begriffes der „Abstimmungen“ findet sich im Grundgesetz nicht. Zwar ist eine Abstimmung in Form eines Volksentscheides in bestimmten Fällen vorgesehen³⁸ (so etwa zur Neugliederung des Bundesgebietes, Art. 29 Abs. 2 S. 1 GG oder nach Art. 118a GG), allerdings werden Gesetze auf Bundesebene generell gemäß Art. 77 Abs. 1 S. 1 GG vom Bundestag beschlossen.

Die demokratischen Grundsätze finden gemäß dem Homogenitätsprinzip aus Art. 28 Abs. 1 GG ebenfalls auf die Länder Anwendung. Das Homogenitätsprinzip ist dabei der Grundsatz, dass die Verfassungen der Länder bzw. die Hauptsatzungen der Gemeinden mit der Verfassung des Gesamtstaates in wesentlichen Punkten übereinstimmen³⁹. Zwar existiert in der Niedersächsischen Verfassung kein entsprechender Artikel, der das Homogenitätsprinzip dahingehend ausführt, als dass das Demokratieprinzip auch in den Kommunen gelten muss. Vielmehr wird in Art. 57 Abs. 1 NV die kommunale Selbstverwaltungsgarantie bekräftigt. Zur kommunalen Selbstverwaltungsgarantie gehört dabei auch die Satzungsautonomie, d.h. das Recht der Kommune, eigenständiges Recht zu erlassen⁴⁰. Dabei kann die kommunale Selbstverwaltungsgarantie jedoch nicht dazu führen, dass die Kommunen die Grundsätze der Demokratie missachten.. Dies ergibt

³⁴ Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/18009/plebiszit>

³⁵ Peucker, Rdn. 9 - 10

³⁶ Floren, S. 26

³⁷ Grzeszick in Maunz/Dürig, Art. 20 Rdn. 11 - 15

³⁸ Peucker, Rdn. 9 - 10

³⁹ Hömig, Art 28 Rdn. 2

⁴⁰ Juraforum.de/Einbock GmbH (Hrsg.), <http://www.juraforum.de/lexikon/selbstverwaltung-der-gemeinden>

sich zum einen aus dem Wortlaut des Art. 57 Abs. 1 NV, nach welchem die Kommunen zwar in ihrer Verwaltung generell autonom sind, sich allerdings dabei im Raum der geltenden Gesetze halten müssen. Teil der geltenden Gesetze ist dabei auch das Grundgesetz als gültige Verfassung. Zum anderen ergibt sich diese Schlussfolgerung auch aus der teleologischen Auslegung des Begriffes der Selbstverwaltungsgarantie im Zusammenhang mit demokratischen Grundsätzen. Denn Ziel der Selbstverwaltungsgarantie kann nicht sein, dafür eine Tür zu öffnen, die ausdrücklich gewünschte und in der Verfassung verankerte Staatsform der Demokratie dadurch zu unterlaufen, dass diese Prinzipien in Gemeinden missachtet würden. Folgt man zunächst diesem Gedanken, so erscheint es denkbar, dass plebiszitäre Elemente wie die Einführung von Elementen der Liquid Democracy auf kommunaler Ebene nicht denkbar sind. Denn, wie bereits oben ausgeführt, sind plebiszitäre Elemente im Grundgesetz mit wenigen Ausnahmen nicht vorgesehen. Allerdings ist lediglich ein gewisses Mindestmaß an Homogenität der Bundesverfassung und der Landesverfassungen gefordert⁴¹. Dafür spricht wiederum die Formulierung des Art. 28 Abs. 1 GG, nach welchem die verfassungsmäßige Ordnung der Länder lediglich den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen muss. Plebiszitäre Elemente sind daher auf Kommunalebene denkbar, solange sie nicht gegen die demokratischen *Grundsätze* verstoßen.

Dabei bleibt es den Ländern überlassen, inwieweit sie den Erlass von Gesetzen dem Parlament überlassen und inwieweit sie Gesetze durch Bürgerentscheide oder andere plebiszitäre Elemente zulassen⁴².

Für Kommunen im Land Niedersachsen gilt das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG). Zwar sind in diesem Elemente der Bürgerbeteiligung im Rahmen der §§ 31 – 35 NKomVG aufgeführt. Im Rahmen der plebiszitären Demokratie sind jedoch lediglich die §§ 32 und 33 NKomVG zu nennen, da nur im Rahmen dieser eine verbindliche Entscheidung durch die Bürger getroffen wird.

Verfolgt das Grundgesetz im Bereich des Bundesrechtes noch in vielen Punkten das Prinzip der repräsentativen Demokratie⁴³, sieht es für Gemeinden in Art. 28 Abs. 1 S. 4 GG gar die Möglichkeit vor, an Stelle von gewählten Körperschaften eine Gemeindeversammlung⁴⁴ einzusetzen. Anders als die Regelung in § 54 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein, nach welcher lediglich Gemeinden mit bis zu siebenzig Einwohnerinnen und Einwohnern von dieser

⁴¹ BVerfGE 36, 342; Rdn. 45

⁴² für Länder: Peucker, Rdn. 10

⁴³ Peucker, Rdn. 9 - 10

⁴⁴ mehr zu diesem Begriff im folgenden Kapitel

Regelung Gebrauch machen dürfen, sieht Art. 57 Abs. 2 S. 2 NV eine solche Begrenzung nicht vor. Dabei ist jedoch zu beachten, dass das Äquivalent der GOSchlH, das NKomVG, keine Regelung bezüglich der Gemeindeversammlungen enthält. Zwar ist diese Möglichkeit mit Ausnahme der o.g. Regelung in Schleswig-Holstein ohne große praktische Bedeutung⁴⁵. Dennoch ist dadurch zu erkennen, dass das Grundgesetz, gerade auf kommunaler Ebene, Raum für plebiszitäre Elemente gelassen hat. Dafür spricht auch der Art. 20 Abs. 2 GG, nach dem die Ausübung der Staatsmacht auch durch Abstimmungen denkbar ist⁴⁶.

Bezüglich des Umfanges der Aufgaben, die an die Bürger direkt abgegeben werden können, ist meiner Einschätzung (m.E.) nach Art. 28 Abs. 1 S. 4 GG bzw. Art. 57 Abs. 2 S. 2 NV relevant. Demnach kann an die Stelle einer Gemeindevertretung – zumindest in kleinen Gemeinden⁴⁷ durch eine Gemeindeversammlung treten. Jedoch muss ebenfalls eine Handlungsfähigkeit der Gemeinde sichergestellt werden, wodurch eine Aufgabenübertragung im vollständigen Umfange nicht möglich sein dürfte⁴⁸. Dass bestimmte Aufgaben allein der Vertretung zugesprochen werden, verstößt nicht gegen die Verfassung. Dafür spricht auch die bisherige Rechtslage. Das NKomVG führt in § 32 NKomVG einen „Negativkatalog“ auf; dies sind Angelegenheiten, in denen die Vertretung gänzlich alleine entscheidet, ohne durch ein Verfahren der direkten Demokratie, insbesondere einen Bürgerentscheid, daran gehindert zu werden. Dazu zählen etwa das Aufstellen der Haushaltssatzung oder die innere Organisation der Kommunalverwaltung. Dieser fällt im Vergleich zu Regelungen anderer Länder dabei in Niedersachsen bereits sehr weit aus. So sieht etwa der § 32 Abs. 2 S. 2 Nr. 6 NKomVG vor, das Aufstellen von Bauleitplänen nach dem BauGB von Bürgerbegehren auszuschließen. In Bayern etwa gilt dies nicht, da eine entsprechende Regelung nicht getroffen wurde⁴⁹. Nichtsdestotrotz umfasst dieser Katalog m.E. nach auch Kernaufgaben der Gemeinde, die in Händen der Vertretung bleiben sollten⁵⁰. Die mit dem großen Negativkatalog verbundenen weitreichenden Einschränkungen sind zwar rechtspolitisch unglücklich, aber rechtlich nicht zu beanstanden⁵¹. Eine Aufgabenteilung ist daher generell nicht zu beanstanden und in der von der Cooperative Liquid Democracy geforderten Form m.E. nach verfassungsgemäß.

Die Einführung von neuen plebiszitären Elementen auf kommunaler Ebene erscheint mir damit insgesamt als verfassungsgemäß. Es erscheint mir als nicht verfassungswidrig, eine Begründung und einen Kostenvorschlag für Anträge des Liquid-Democracy-Organes zu fordern. Dafür spricht

⁴⁵ Hömig, Art. 28 Rdn. 7

⁴⁶ auch so: Peucker, Rdn. 10

⁴⁷ bis 70 Einwohner gem. § 54 GO-SchlH

⁴⁸ vgl. dazu das folgende Kapitel

⁴⁹ vgl. Art. 18 a Abs. 3 Bayerische Gemeindeordnung

⁵⁰ dazu mehr im folgenden Kapitel

⁵¹ Wefelmeier in Blum/Häusler/Meyer, § 32 Rdn. 9

auch die bisherige Formulierung des § 32 Abs. 3 S. 2 NKomVG, nachdem ein Bürgerbegehren ebenfalls eine Begründung sowie einen Kostendeckungsvorschlag enthalten muss⁵². Die Cooperative Liquid Democracy hat dabei jedoch die anderen demokratischen Grundsätze einzuhalten.

Die Cooperative Liquid Democracy – ein neues „Olympiagesetz“?

Es könnte eine Parallele zum Olympiagesetzentwurf des Berliner Senates, welcher etwa mit Stellungnahme der Dozenten Heußner und Pautsch vom 21.01.2015 stark kritisiert wurde⁵³, gezogen werden. Allerdings gibt es einen wesentlichen Unterschied im Konzept Cooperative Liquid Democracy zum „Olympiagesetzentwurf“: Es entscheidet nicht die Vertretung, sondern die Bürger durch das Liquid-Democracy-Organ, wann und in welcher Form sie befragt und beteiligt werden. Eine teilweise „Abwälzung“ von Kompetenzen der Vertretung ist, anders als im „Olympiagesetzentwurf“, nur möglich, wenn das Liquid-Democracy-Organ dies von sich aus fordert, indem es das notwendige Quorum zur Beteiligung überschreitet. Zudem kann sich die Vertretung nicht vollständig aus ihrer „Verantwortung stehlen“, da sie selbst bei Beteiligung des Liquid-Democracy-Organes zu fünfzig Prozent an der Entscheidung beteiligt bleibt. Letztlich blieben im Konzept der Cooperative Liquid Democracy einige Kompetenzen gänzlich bei der Vertretung.

Anders als beim „Olympiagesetzentwurf“ kommt es bei der Cooperative Liquid Democracy meiner Auffassung (m.A.) nach auch zu keiner „Entwertung der Wahlen und der Volksrechte von unten“, die zu einer verfassungsrechtlichen Unzulässigkeit führen würde. Wie oben ausgeführt, entsteht keine Pflicht zur direktdemokratischen Beteiligung. Zwar kann das Volk durch das Liquid-Democracy-Organ die Entscheidungen der Vertretung bekräftigen. Dies führt allerdings aus zwei Gründen m.E. nach nicht zu einer Abwertung der „unteren Volksrechte“: Erstens kann sich die Regierungsmehrheit dadurch keine neue Legitimation zwischen den Wahlen besorgen, da sie das Volk nicht zur Beteiligung zwingen können. Zweitens bleibt die Entscheidung des Liquid-Democracy-Organes so lange geheim, bis die Vertretung abgestimmt hat, wodurch die Entscheidung des Liquid-Democracy-Organes keinen Einfluss auf die Entscheidung der Vertretung hat. Allerdings ist zu beachten, dass die Vertretung durchaus aus der sachlichen Diskussion des Liquid-Democracy-Organes, welche der Vertretung zugänglich ist, eine Abstimmungstendenz der Bürger erkennen. Dass dies zu einer Verfassungswidrigkeit führen soll, halte ich dagegen für fraglich. Schließlich ist es auch Aufgabe der Vertretung, die Bürger bestmöglich zu repräsentieren.

⁵² vgl. Blum/Häusler/Meyer, § 32 Rdn. 24 - 28

⁵³ Heußner/Pautsch, [http://www.wiso.hs-](http://www.wiso.hs-osnabrueck.de/uploads/media/Olympia_rechtfertigt_keinen_Verfassungsbruch_Heu%C3%9Fner_Pautsch__2015-01-21_01.pdf)

osnabrueck.de/uploads/media/Olympia_rechtfertigt_keinen_Verfassungsbruch_Heu%C3%9Fner_Pautsch__2015-01-21_01.pdf

Sie steht dagegen nicht durch das Konzept der Cooperative Liquid Democracy im Zwang, ein bestimmtes Ergebnis zu erreichen. Es ist also durchaus möglich, dass Vertretung und Liquid-Democracy-Organ unterschiedliche Ergebnisse erzielen.

Abschaffen der Vertretung

Das Prinzip der Liquid Democracy verfolgt in einigen Konzepten das Ziel, das Volk solle letztendlich alle Aufgaben eines Parlamentes bzw. der Vertretung übernehmen⁵⁴. Damit wäre ein Parlament in der heutigen Form jedoch überflüssig, da für es keine Aufgaben mehr verblieben. Dabei ist die Vertretung auf kommunaler Ebene zwar kein Parlament im eigentlichen Sinne, sondern Verwaltungsorgan einer Selbstverwaltungskörperschaft⁵⁵. Dennoch trifft die Vertretung u.a. alle kommunalpolitischen Entscheidungen der Selbstverwaltungskörperschaft. Dabei zielt das Konzept der Liquid Democracy auf kommunaler Ebene darauf ab, Zuständigkeiten und Aufgaben der Vertretung an das Volk im Rahmen der direkten Demokratie abzugeben. Ähnlich wie bei einem Parlament würde jedoch auch die Vertretung als Teil der Exekutive überflüssig, wenn es alle Aufgaben an das Volk abtreten würde. Eine vollkommene Übertragung aller Aufgaben und Zuständigkeiten würde, auch wenn formal gesehen keine Abschaffung der Kommunalvertretung stattfindet, einer solchen in materieller Hinsicht gleichkommen. Zwar vertritt das Modell Cooperative Liquid Democracy diese Auffassung nicht, allerdings soll die Möglichkeit der Abschaffung der Vertretung, auch im Rahmen der auf die Bürger übertragbaren Kompetenzen, diskutiert werden.

Eine Abschaffung der Vertretung der Kommune ist meiner Ansicht nach verfassungsrechtlich nicht möglich. Denn die Kommune ist verpflichtet, eine Vertretung als gewähltes Organ zu besitzen. Diese Verpflichtung ergibt sich bereits aus Art. 57 Abs. 2 NV, Art. 28 Abs. 1 S. 2 GG. Demnach muss das Volk eine Vertretung haben, die aus allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen ist.

Abschaffen durch die Gemeindeversammlung

Zwar lässt das Grundgesetz wie auch die Niedersächsische Verfassung zu, dass die Vertretung durch die Gemeindeversammlung abgelöst werden kann. Dies ist hierbei nur auf Gemeinde-Ebene möglich. Das ergibt sich aus Art. 28 Abs. 1 S. 4 GG und Art. 57 Abs. 2 S. 2 NV. Der Begriff der Gemeindeversammlung ist dabei nicht legal definiert. Da alle Stimmberechtigten zusammenkommen, um direkt über Sachfragen zu entscheiden^{56,57}, handelt es sich bei der Gemeindeversammlung um ein direktdemokratisches Organ. Es soll an die Stelle einer gewählten

⁵⁴ Jabbusch, http://www.sebastianjabbusch.de/wp-content/uploads/2011/04/Die_Idee_von_Liquid_Democracy.pdf

⁵⁵ Seybold/Neumann/Weidner/Koop (Hrsg.)/Weidemann (Hrsg.), S. 90

⁵⁶ Bibliographisches Institut GmbH (Hrsg.), <http://www.duden.de/rechtschreibung/Gemeindeversammlung>

⁵⁷ § 54 GO (Schleswig-Holstein): „die aus den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde bestehende Gemeindeversammlung“

Körperschaft treten. Mit der gewählten Körperschaft ist dabei die Vertretung gemeint⁵⁸. Zur Gewährleistung der Handlungsfähigkeit der Gemeinde muss jedoch trotz Wegfalls der Gemeindevertretung ein Organ mit Entscheidungskompetenz existieren, welches die Selbstverwaltung der Gemeinde sicherstellt. Dieses Organ kann etwa die Gemeindeversammlung darstellen.

Eine Übertragung von Aufgaben an das Volk ist also nicht unzulässig, sofern dieses sich in einer Gemeindeversammlung zusammenfindet. Ob dies eine digitale Zusammenkunft der Bürger, wie sie im Konzept der Liquid Democracy vorgesehen ist, darstellt, ist durch eine weitere Auslegung des Begriffes zu ermitteln. Nach historischer Auslegung müsste dem jedenfalls widersprochen werden. Denn danach wurde mit dem Begriff der Gemeindeversammlung vermutlich keine „digitale Gemeindeversammlung“ – d.h. eine Gemeindeversammlung über das Internet – gemeint, sondern eine tatsächliche Zusammenkunft von allen Bürgern der Gemeinde an einem Platz oder in einem Raum zur Besprechung von gemeinderelevanten Themen. So besteht die Möglichkeit des „Ersatzes“ der Vertretung durch eine Gemeindeversammlung im Grundgesetz bereits seit seinem Beginn. Der Art. 28 Abs. 1 S. 3 GG a.F.⁵⁹ ist mit dem heutigen Art. 28 Abs. 1 S. 4 GG wortgleich. Auf Landesebene übernahm bereits die Vorläufige Niedersächsische Verfassung⁶⁰, die am 13. April 1951 beschlossen wurde und am 31. Mai 1993 mit der (heutigen) Niedersächsischen Verfassung außer Kraft getreten ist, diesen Passus in Art. 44 Abs. 2 HS. 2 NV a.F. Dieser wurde als eigenständiger Satz mit gleichen Worten in den heutigen Art. 57 Abs. 2 S. 2 NV übernommen.

Die Gemeindeversammlung war zu diesem Zeitpunkt nicht mit dem Internet durchführbar – dazu fehlte es dem allgemeinen Zugang zum Internet. So hatten selbst im Jahre 2001 – also mehr als 50 Jahre nach dem ersten Auftauchen des Begriffes der Gemeindeversammlung im Grundgesetz – lediglich 37 % aller Deutschen einen Internetzugang⁶¹. Eine Möglichkeit, dass alle Bürger sich auf einem „digitalen Marktplatz“ – dem Internet – zum Meinungsaustausch treffen könnten, schien unmöglich. Denkbar ist auch, dass das Grundgesetz die Idee der Gemeindeversammlung aus der Schweiz übernommen hat. Diese fand dort mindestens einmal im Jahr statt – und zwar „unter der Linde, auf dem Kirchhof und später im Gemeinde-, Rats- oder Wirtshaus“⁶². Die Bürger mussten also sich physisch an einem Ort treffen und dort in persona diskutieren.

⁵⁸ so auch konkretisiert in § 54 GO (Schleswig-Holstein)

⁵⁹ hier zu finden: Riedel, <http://www.documentarchiv.de/brd/1949/grundgesetz.html>

⁶⁰ hier zu finden: Verfassungen.de, <http://www.verfassungen.de/de/nds/niedersachsen51.htm>

⁶¹ Statista GmbH, <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/13070/umfrage/entwicklung-der-internetnutzung-in-deutschland-seit-2001/>

⁶² Würzler, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D10240.php>

Dass der Gesetzgeber bei der Gemeindeversammlung das Internet nicht bedacht hat, ist auch in § 54 GOSchlH zu bemerken. Demnach tritt in Gemeinden mit bis zu 70 (ab 01.06.2013 100⁶³) Einwohnern an die Stelle der Gemeindevertretung die Gemeindeversammlung. 70 bzw. 100 Einwohner sind durchaus in der Lage, sich einmal im Jahr zusammenzufinden; auch häufiger dürfte dies nur geringe Probleme darstellen. Spricht man dagegen etwa von der Stadt Meppen, die über 34.524 Einwohner⁶⁴ verfügt, so ist eine Meinungsbildung auf einem Platz oder in einem Raum nicht möglich (Platzmangel, Zeitmangel, ...). Diese Form der Gemeindeversammlung hatte das Grundgesetz allerdings m.A. nach vorgesehen. Die Möglichkeit, eine Gemeindeversammlung über das Internet stattfinden zu lassen, erschien damals wie oben ausgeführt für nicht möglich. Bleibt man bei dieser historischen Auslegung und geht davon aus, dass der Begriff der Gemeindeversammlung sich nicht der Zeitgeschichte angepasst hat, so muss man davon ausgehen, dass zur Gemeindeversammlung eine tatsächliche Versammlung in persona erfolgen muss.

Folgt man also lediglich der historischen Auslegung, so wäre nur eine Grundgesetzänderung denkbar. Denn kann eine Gemeindevertretung nicht durch eine Gemeindeversammlung ersetzt werden, insbesondere sofern die Gemeinde eine gewisse Größe überschritten hat, müsste zur Verwirklichung des Konzeptes der Liquid Democracy eine andere Möglichkeit zur Übertragung von weitgehenden Entscheidungskompetenzen auf alle Bürger erfolgen. Eine solche ist allerdings verfassungsrechtlich nicht vorgesehen.

Die Regelung des Art. 28 Abs. 1 S. 2 GG – im Rahmen einer Verfassungsänderung nach Art. 79 Abs. 1, 2 GG müsste dann so abänderbar sein, dass die Verpflichtung, eine Vertretung aufzustellen, aufgehoben würde. Denn gemäß Art. 79 Abs. 3 GG sind Änderungen des Grundgesetzes, durch welche u.a. die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, unzulässig. Es ist also fraglich, ob ein solcher Grundsatz dadurch verletzt würde, dass die Vertretung abgeschafft und durch eine Ausübung der Volkssouveränität im Rahmen der direkten Demokratie ersetzt würde.

Hinsichtlich der Formulierung der Schutzgüter dieser Grundsätze bleibt das Grundgesetz interpretationsbedürftig. Das Bundesverfassungsgericht führte dazu in seinem Urteil vom 15.12.1970⁶⁵ aus: „Art. 79 Abs. 3 GG als Schranke für den verfassungsändernden Gesetzgeber hat den Sinn, zu verhindern, dass die geltende Verfassungsordnung in ihrer Substanz, in ihren Grundlagen auf dem formal-legalistischen Weg eines verfassungsändernden Gesetzes beseitigt und zur nachträglichen Legalisierung eines totalitären Regimes missbraucht werden kann“.

⁶³ etwa hier zu finden: <https://www.umwelt-online.de/recht/allgemei/laender/sh/gemo3.htm>

⁶⁴ Landesamt für Statistik Niedersachsen, <http://www1.nls.niedersachsen.de/statistik/>, Tabelle K1020014, Stadt Meppen

⁶⁵ 2 BvF 1/69; 2 BvR 629/68; 2 BvR 308/69

Der Art. 79 Abs. 3 GG verbiete lediglich eine „Preisgabe“ der Grundsätze aus Art. 1 GG und Art. 20 GG. Werde diesen Grundsätzen jedoch im Allgemeinen Rechnung getragen, und werden sie nur für eine Sonderlage entsprechend deren Eigenart aus evident sachgerechten Gründen modifiziert, so greift die Ewigkeitsklausel dementsprechend nicht.

Durchaus fraglich ist also, ob dem Grundsatz der Demokratie durch das Abschaffen der kommunalen Vertretungsorgane dadurch im Allgemeinen Rechnung getragen würde, dass die Abstimmungen stattdessen direkt durch das Volk geschehen würden.

In Kommentierungen und Besprechungen lassen sich nur wenige Informationen darüber finden, ob die Vertretung dazu abgeschafft werden könnte, um sie durch Instrumente der direkten Demokratie zu ersetzen. Nach m.E. unzweifelhaft ist, dass sie jedenfalls dann nicht verfassungsgemäß abgeschafft werden können, wenn damit ein weniger demokratisch legitimiertes Instrument eingesetzt werden soll. Aber Liquid Democracy-Instrumente versprechen generell mehr statt weniger demokratische Legitimation. Grund dafür ist, dass die Legitimationskette kürzer ist – während ein gewählter Abgeordneter bzw. ein Mitglied der Vertretung seine Wähler vertritt und damit mittelbar für diese abstimmt, so könnte ein Wähler im Rahmen der Liquid Democracy direkt abstimmen und damit unmittelbar das Ergebnis legitimieren. Dabei ist allerdings zu beachten, dass bei rechtlicher Betrachtung die Entscheidung des Parlamentes nicht weniger legitimiert sind als es direkte Abstimmungen wären⁶⁶.

Es stellt sich allerdings die Frage, inwiefern die Kommune dann noch überhaupt handlungsfähig bleibt, wenn alle Aufgaben an das Volk übertragen würden. Jedenfalls lässt sich bei einer „grenzenlosen“, erst dann m.A. nach konsequenter Umsetzung der Liquid Democracy, nicht verhindern, dass über jede Angelegenheit mehrfach abgestimmt wird. Übernimmt das Organ der Liquid Democracy die Rolle der Vertretung, so könnte es eine Entscheidung in Anlehnung an § 33 Abs. 4 S. 2 NKomVG auch stetig zurücknehmen und ändern. Anders als Lauer⁶⁷ darstellt, existiert m.A. nach durchaus das Risiko der schnellen Meinungswechsel in großen Teilen der Bevölkerung (siehe etwa die Fukushima-Debatte). Es ist zwar richtig, dass auch eine gewählte Vertretung ihre Auffassung eines Sachverhaltes ändern kann. Sie wird dies m.E. nach allerdings, etwa dank der Vorbereitung durch den Hauptausschuss, in der Regel überlegter tun. Auch spielt die fehlerhafte Einschätzung von Rousseau bezüglich des *volonté générale* eine große Rolle: Die direkte Demokratie kennt einen Minderheitenschutz wohl eher nicht⁶⁸. Vor diesem Hintergrund erscheint es mir auch als zweifelhaft, dass eine reine Liquid Democracy – also ein größtenteils

⁶⁶ Grzeszick in Maunz/Dürig, Art. 20 Rdn. 62

⁶⁷ Rundfunk Berlin Brandenburg, <https://www.youtube.com/watch?v=E-nFpJ5TMh8>, 7:35

⁶⁸ Floren, S. 16 ff

direktdemokratisches System – ohne die Vertretung als mäßigendes Organ alle Demokratiegrundsätze in gleicher Weise bewahrt. Jedenfalls darf die Kommune nicht zur Wahrung dieser Grundsätze darauf angewiesen sein, dass diese durch die Kommunalaufsicht oder die Judikative geschützt werden. Aus diesen beiden Gründen halte ich eine Änderung des Art. 28 GG in diese Richtung daher mindestens für kritisch.

Die Gemeindeversammlung – ein sich wandelnder Begriff?

Legt man den Begriff der Gemeindeversammlung auch teleologisch aus, so kommt man zu zwei unterschiedlichen Ergebnissen. Sieht man den Sinn und Zweck einer Gemeindeversammlung einzig und allein in einer Verwaltungsvereinfachung, so ist die Abschaffung von Vertretungen in größeren Gemeinden wohl nach wie vor nicht zulässig. In Gemeinden, die flächenmäßig nur klein sind und nur über wenige Einwohner verfügen, wollte der Gesetzgeber eventuell die Bildung einer Vertretung als Option offen lassen. Es erscheint nämlich m.A. nach nicht zielführend, in einer Gemeinde mit etwa 20 Personen eine etwa sechsköpfige Vertretung plus Hauptverwaltungsbeamten einzuberufen⁶⁹. Sieht man den Sinn und Zweck auch in einer erhöhten Bürgerbeteiligung, ist dagegen m.A. nach ein anderes Ergebnis zu vertreten.

Denn auch die systematische Auslegung ist zu beachten. Zwar ist aus dem Zusammenhang des Art. 28 GG keine endgültige Definition der Gemeindeversammlung zu erkennen. Trotzdem sind aus dem Art. 28 GG einige grundlegende Staatsprinzipien zu entnehmen – etwa die kommunale Selbstverwaltung (Art. 28 Abs. 2 S. 1 GG), das Homogenitätsprinzip (Art. 28 Abs. 1 S. 1, Abs. 3 GG) und die Wahlgrundsätze (Art. 28 Abs. 2 S. 2 GG). Es erscheint mir damit als zweifelhaft, dass der Art. 28 Abs. 1 S. 4 GG lediglich eine Verwaltungserleichterung darstellen sollte. Es sollte m.E. nach auch eine Entscheidung mit Relevanz für das Demokratieprinzip gemacht werden – wo es möglich ist, die Bürger direkt zu beteiligen, und wo die Konsequenzen dafür nicht sehr groß sind⁷⁰, sei die Bürgerbeteiligung zu stärken.

Geht man zudem davon aus, dass das Grundgesetz ein sich der gesellschaftlichen Realität anpassendes Werk ist – was sicherlich aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften⁷¹ hervorgeht - so könnte man der Ansicht folgen, dass eine komplette Abschaffung der Vertretung zulässig ist, sofern sie durch die Gemeindeversammlung ersetzt wird. Denn anstatt an dem Zusammenkommen von Personen in persona festzuhalten, wäre nunmehr auch ein Zusammenkommen von Personen im Internet möglich. Dies würde den Sinn und Zweck der Gemeindeversammlung dahingehend erfüllen, als

⁶⁹ Dies wäre heute in Niedersachsen der Fall, vgl. § 46 Abs. 1 NKomVG

⁷⁰ Sicherlich Ansichtssache, hier der Auffassung folgend, dass die Kommunen alle „nicht wesentlichen Aufgaben“ übernehmen; dafür spricht auch die Begrenzung auf 70-100 Bürger

⁷¹ BVerfGE 105, 313

dass die Bürgerbeteiligung erhöht wird – zudem wäre eine Vertretung nicht deshalb erforderlich, da sich die Bürger nicht treffen können, denn sie können es nun. Dies würde auch zu einer Reduzierung des Verwaltungsaufwandes führen – zumindest in Bezug auf die Anzahl der Organe.

Auch wäre dann der Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung m.E. nach nicht betroffen. Der Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung besagt nur, dass es den Kommunen freistehen muss, die gemeindlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung regeln zu können⁷². Dieser Grundsatz wird nicht angegriffen – schließlich bestimmt nach wie vor die eigene Gemeinde und kein anderer Träger öffentlicher Gewalt. Die Entscheidungsgewalt bleibt beim Konzept der Cooperative Liquid Democracy wie auch bei radikaleren Ideen der Liquid Democracy bei der Gemeinde; sie wird nur innerhalb der Gemeinde neu verteilt.

Folgt man diesem Ansatz, so muss man auch zu dem Ergebnis kommen, dass eine Abschaffung der Vertretung durchaus zulässig ist, sofern man sie durch ein demokratisches Organ wie das Liquid-Democracy-Organ ersetzt.

Tatsächliche und rechtliche Hürden der Gemeindeversammlung

Allerdings trifft die „ständige Gemeindeversammlung“ der Liquid Democracy auch hier auf tatsächliche Hürden, die durchaus rechtliche Relevanz haben. Die Gemeinde trifft eine Vielzahl von Entscheidungen; dem Liquid-Democracy-Organ kann nicht zugemutet werden, dass es alle diese Entscheidungen trifft. Zudem verfügen viele Bürger nicht über die Zeit, sich mit allen Themen konsequent auseinanderzusetzen. Die Ratsmitglieder dagegen verfügen über diese Zeit; die Arbeit im Rat ist ihr Amt. Auch verbleiben gewisse Grundsatzprobleme der direkten Demokratie. Dies ergibt sich bereits aus der m.A. nach realitätsfernen Idee des zu findenden Volonté générale (Gemeinwille). Demnach sollte die in jedem Sonderwillen enthaltenen Komponenten des Allgemeininteresses herausgefiltert und zum Gemeinwillen verdichtet werden. Der Bürger solle sich stets ehrlich um das Gemeinwohl bemühen⁷³. Anders als in Modellen der Liquid Democracy ist in der Cooperative Liquid Democracy das Delegated-Voting-Prinzip nicht Bestandteil. Eine Abgabe von eigenen Stimmen an „Experten“ ist daher in diesem Konzept nicht möglich.

Dem stehen allerdings die tatsächlichen geringeren Möglichkeiten zur Gemeinwohlorientierung gegenüber der Vielzahl von Sonderinteressen⁷⁴ entgegen. Während die Vertretung durch seine Arbeit in Fachausschüssen Expertenmeinungen einholt und, auch durch das Mitwirkungsverbot gemäß § 41 NKomVG, an einer relativ sachorientierten Entscheidung interessiert ist, so ist die

⁷² Jarass/Pieroth, Art. 28 Rdn. 16

⁷³ dazu auch: Floren, S. 16 f

⁷⁴ Maunz/Dürig, Art. 20 Rdn. 65

Meinung eines Organes der direkten Demokratie, wie es das Liquid-Democracy-Organ in erster Linie ist, von Einzelinteressen geprägt.

Denn die Einschätzung Rousseaus, der *volonté générale* sei durch die Diskussion aller Bürger zu erreichen, muss wohl zurückgewiesen werden⁷⁵. Jedenfalls ist nicht auszuschließen, dass es eine davon abweichende Mindermeinung gibt. Da diese im Rahmen des demokratischen Minderheitenschutzes und der Meinungsfreiheit nach Art. 5 GG m.E. nach zu schützen ist, wird auf diese Theorie nicht weiter eingegangen.

Letztlich kann zwar damit argumentiert werden, dass eine Gemeindeversammlung, die wie oben ausgeführt in einigen deutschen Gemeinden zulässig ist, ein ähnliches Problem betrifft. Dieser Argumentation folge ich nicht. Denn erstens treffen größere Gemeinden eine Vielzahl von Problemen, die kleinere Gemeinden nicht oder nicht in dieser Größenordnung betreffen – seien es Abfallprobleme oder Kriminalitätsraten. Zweitens sind die Sachverhalte oft transparenter. Gerade die Forderung Rousseaus, jeder Bürger sollte gut unterrichtet sein⁷⁶, wird in komplexeren Sachverhalten kaum noch möglich sein.

Daraus ergibt sich, dass die Möglichkeit, das Liquid-Democracy-Organ an Stelle der Vertretung zu setzen und diese damit abzuschaffen, praktisch zur Handlungsunfähigkeit der Kommune führen könnte.

Unabhängig davon, welche Auffassung vertreten wird: Die Idee der Cooperative Liquid Democracy setzt die Abschaffung der Vertretung nicht voraus. Vielmehr wird die Vertretung zwar in ihrer Macht eingeschränkt, besitzt jedoch, etwa im Bereich des Haushaltsrechtes, noch eigenständige Aufgaben. In allen anderen Bereichen, etwa im Bereich der Satzungsgebung, ist sie dem Abstimmungsorgan der Liquid Democracy im Wesentlichen gleichgestellt, erhält sogar in einigen Bereichen Vorteile – so gilt im Falle der Pattsituation die Entscheidung der Vertretung. Zudem erhält sie ein von Quoren unabhängiges Initiativrecht. Die Rolle der Vertretung würde also lediglich geändert. Insgesamt erhält sie sich einen herausgehobenen Status, der m.E. nach nicht gegen die Verfassung verstößt. Letztlich kann auch die Vertretung auch dann tätig werden, wenn das Liquid-Democracy-Organ es selbst nicht will, etwa wenn es an Quoren scheitert.

Achtung von Wahlrechtsgrundsätzen bei Online-Abstimmungen

Das Verfahren innerhalb der Cooperative Liquid Democracy, das dem Verfahren von Liquid Feedback ähnelt, findet dabei über das Internet statt. Liquid Democracy an sich ist bereits eine

⁷⁵ Floren, S. 18

⁷⁶ Floren, S. 18

Form der Online-Beteiligung⁷⁷. Das Internet ist dabei eine Art „digitaler Marktplatz“, auf dem sich die Bürger zur Diskussion treffen können⁷⁸.

Unproblematisch ist die Abstimmung und Wahl – also die Ausübung der Staatsgewalt im Sinne des Art. 20 Abs. 2 GG - über das Internet allerdings nicht. Für eine Online-Beteiligung in der Vorbereitungsphase gibt es etwa auf Bundesebene keine gesetzliche Regelung, sondern lediglich eine kurze Organisationsregelung auf Geschäftsordnungsebene⁷⁹. Für die Wahl der Abgeordneten der Vertretung auf kommunaler Ebene in Niedersachsen gilt gemäß § 1 NKWG das Niedersächsische Kommunalwahlgesetz (NKWG).

Die Wahlrechtsgrundsätze finden dabei auch Anwendung auf die Gemeindevertretung. Dies ergibt sich aus § 47 Abs. 1 S. 1 NKomVG sowie aus § 4 Abs. 1 NKWG. Nach § 47 Abs. 1 S. 1 NKomVG werden die Abgeordneten der Vertretung von den Bürgerinnen und Bürgern in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Eine Abänderung des § 47 Abs. 1 NKomVG ist dahingehend nicht möglich, als dass die Wahlgrundsätze der Allgemeinheit, Unmittelbarkeit, Freiheit, Gleichheit und Geheimheit abgeschafft werden. Denn die Regelungen des § 47 Abs. 1 NKomVG sind lediglich eine Wiederholung des Art. 57 Abs. 1 NV und Art. 28 Abs. 1 S. 2 GG. Grundentscheidungen der Verfassung für die Prinzipien der Volkssouveränität und der Demokratie sowie für ein demokratisches Wahlverfahren gelten bei verfassungskonformer Auslegung des Art. 28 Abs. 1 GG nicht nur auf Bundes- und Landesebene, sondern auch in den Untergliederungen der Länder, den Gemeinden und Gemeindeverbänden^{80, 81, 82}. Die Cooperative Liquid Democracy möchte das Wahlverfahren für die Kommunalvertretung nicht ändern (Autonomiegrundsatz).

Die Wahlgrundsätze greifen dabei auch für Abstimmungen wie Volksentscheide, auch wenn dies nach dem Wortlaut unklar erscheint^{83, 84, 85}. Dies entschied das Bundesverfassungsgericht bereits in seinem Urteil vom 11. Juli 1961⁸⁶, wobei es diesen Grundsatz in seinem Urteil vom 06. Mai 1970⁸⁷ klarstellte. Im Folgenden wird auch in Bezug auf Abstimmungen der Begriff der Wahlgrundsätze verwandt, da dieser ein feststehender verfassungsrechtlicher Begriff ist.

⁷⁷ Paetsch/tagesschau.de, <http://www.tagesschau.de/inland/liquiddemocracy102.html>

⁷⁸ Jochmann, https://www.youtube.com/watch?v=r0G_yuWTOUw, 3:21

⁷⁹ Aden, http://www.kj.nomos.de/fileadmin/kj/doc/2002/20024Aden_S_398.pdf, Rdn. 401

⁸⁰ BVerfGE 83, 37; Rdn. 60

⁸¹ Blum/Häusler/Meyer, § 47 Rdn. 1

⁸² Jarass/Pieroth, Art. 38 Rdn. 2

⁸³ Fehndrich, <http://www.wahlrecht.de/news/2007/33.htm>

⁸⁴ Möstl, S. 230

⁸⁵ Thiele, S. 97

⁸⁶ BVerfGE 13, 54

⁸⁷ BVerfGE 28, 220; Rdn. 9

Eine Verfassungsänderung, die die Wahlrechtsgrundsätze des Art. 38 GG aufhebt oder unverhältnismäßig stark einschränkt, ist nach meiner Ansicht nicht möglich. Denn Änderungen des Grundgesetzes, durch die in Artikel 20 festgehaltene Grundsätze berührt werden, sind gem. Art. 79 Abs. 3 GG unzulässig.

Eine völlige Abschaffung der Wahlrechtsgrundsätze erscheint als verfassungsrechtlich unmöglich (sofern kein Weg über Art. 146 Abs. 1 GG gegangen werden soll). Der nachhaltigste Ausdruck der Volkssouveränität, die von der Ewigkeitsklausel des Art. 79 Abs. 3 GG geschützt ist⁸⁸, ist die Vermittlung der demokratischen Legitimation durch periodische Wahlen. Dabei sind die Wahlrechtsgrundsätze ebenfalls grundsätzlich durch Art. 79 Abs. 3 GG geschützt, da die Wahlen andernfalls ihre Legitimationsfunktion nicht mehr erfüllen können⁸⁹. Werden die Wahlgrundsätze bei Abstimmungen nicht eingehalten, so erfüllen diese m.E. auch nicht mehr ihre Legitimationsfunktion, da die Entscheidung nicht mehr in gleicher Art auf den Souverän – das Volk – zurückgeführt werden kann. Sind die Abstimmungen etwa nicht mehr allgemein, d.h. steht das Recht zur Abstimmung nicht mehr allen Staatsbürgern gleichermaßen zu, sondern werden Bevölkerungsgruppen von der Ausübung dieses Rechtes aus politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Gründen ausgeschlossen⁹⁰, so kann eine Entscheidung m.A. nach nicht mehr legitimiert sein. Zwar gelten bezüglich der geforderten Legitimation für die Organe der kommunalen Selbstverwaltung – und damit m.E. auch für Abstimmungen – abgeschwächte Anforderungen an das Legitimationsniveau⁹¹. Würden die Wahlrechtsgrundsätze jedoch auf kommunaler Ebene abgeschafft, so würde die Legitimation der kommunalen Vertretung und der unmittelbar getroffenen Entscheidungen meiner Ansicht nach jedoch so niedrig sein, dass sie unter das geforderte Legitimationsniveau fallen würde. Würde die Allgemeinheit der Wahl abgeschafft werden, stünde es theoretisch der Politik frei, politische Gegner davon auszuschließen, bestimmte Anträge zu stellen. Ist die Wahl nicht mehr geheim, so besteht die Gefahr, das eigene Verhalten anzupassen und anders abzustimmen, als man es ohne Beobachtung getan hätte⁹² (sog. Hawthorne-Effekt⁹³). Dies ist im anglo-amerikanischen Bereich als „Chilling Effect“ (engl.: „Abschreckwirkung“) bekannt⁹⁴ – Personen könnten unter Überwachung (bzw. zumindest Überwachbarkeit) dazu geneigt sein, kritische Ideen nicht auszudrücken und damit ihr Recht der freien Meinungsäußerung⁹⁵ nicht wahrzunehmen⁹⁶ oder eine bestimmte (scheinbar gewollte)

⁸⁸ Dietlein in Epping/Hillgruber, Art. 79 Rdn. 34

⁸⁹ ebd., Art. 79 Rdn. 38

⁹⁰ Silberkuhl in Hömig, Art. 38 Rdn. 6

⁹¹ Antoni in Hömig, Art. 20 Rdn. 10a

⁹² Dambeck, <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/psychologie-beobachtete-veraendern-ihr-verhalten-a-920040.html>

⁹³ Technische Universität Dresden, <http://elearning.tu-dresden.de/versuchsplanung/e35/e234/e299/>

⁹⁴ Boie, <http://www.sueddeutsche.de/digital/privatsphaere-das-internet-ein-ueberwachtes-zuhause-1.1746611-2>

⁹⁵ In den USA das „First Amendment“

⁹⁶ Love to Know Corp., <http://www.yourdictionary.com/chilling-effect>

Entscheidung treffen⁹⁷. Zudem müssen auch bei Abstimmungen alle Stimmen gleich gewertet sein (Gleichheit der Wahl) und alle abstimmungsberechtigten Bürger müssen grundsätzlich in gleicher Art Zugang zur Abstimmung besitzen (Allgemeinheit, Freiheit der Wahl). Unterschiedliche Ansichten existieren darüber, in welchen Einzelfällen die Wahlrechtsgrundsätze in welchem Umfang in den Schutzbereich des Art. 79 Abs. 3 GG fallen⁹⁸. Eine komplette Abschaffung ist dagegen m.A. nach ein Verstoß gegen die Volkssouveränität und damit gegen Art. 79 Abs. 3, 20 Abs. 2 S. 1 GG.

Da die Wahlrechtsgrundsätze grundsätzlich gleichrangig nebeneinander stehen, können sie grundsätzlich nur durch andere verfassungsrechtliche geschützte Güter eingeschränkt werden⁹⁹. Besonderen Schutz dabei genießen die **Allgemeinheit**, die **Geheimheit** und der **gleiche Zugang** bei der Wahl¹⁰⁰. Die **Geheimheit** der Wahl ist dabei nur unantastbar, soweit die Freiheit der Wahl sonst nicht zu sichern ist¹⁰¹.

Allgemeinheit der Wahl

Ein Kernkonzept der Cooperative Liquid Democracy ist die Abstimmung per Computer, Smartphone oder anderem internetfähigem Endgerät über das Internet. Dabei besitzen jedoch nicht alle Personen einen Zugang zum Internet. Laut einer Umfrage des Statistischen Bundesamtes in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der Länder¹⁰² besaßen im Jahre 2014 84 % aller Haushalte einen Internetzugang. Laut einer Studie der BITKOM sind dieses 82 %¹⁰³. Damit seien die Chancen, über das Internet auf politische Entscheidungsprozesse Einfluss zu nehmen, von vornherein ungleich verteilt, so Aden¹⁰⁴. Dies sei allerdings kein Problem, welches spezifisch im Bereich des Internets auftauche – so hätten Gebildete mehr Chancen, sich zu informieren, als weniger Gebildete, Kranke und Gebrechliche.

Generell umfasst der Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl den Grundsatz, dass allen Staatsbürgern das Wahlrecht zustehen muss¹⁰⁵. Grundsätzlich müssen alle Bürger zunächst stimmberechtigt sein müssen¹⁰⁶, also in Bezug auf Abstimmungen zumindest abstimmen können. Unzulässig ist dabei der Ausschluss vom passiven und aktiven Wahlrecht in diskriminierender

⁹⁷ Assion, <http://www.telemedicus.info/article/2866-Chilling-Effects-und-UEberwachung.html>

⁹⁸ Dietling in Epping/Hillgruber, Art. 79 Rdn. 38.1

⁹⁹ Haibl/Hötzel, S. 13 f.

¹⁰⁰ Herdegen in Maunz/Dürig, Art. 79 Rdn. 138

¹⁰¹ Sachs, Art. 79 Rdn. 70

¹⁰² Statistisches Bundesamt, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Methoden/IKTPrivateHaushalte.html>

¹⁰³ Bundesverband Informationswirtschaft,

Telekommunikation und neue Medien e.V., https://www.bitkom.org/de/markt_statistik/64026_38541.aspx

¹⁰⁴ Aden, http://www.kj.nomos.de/fileadmin/kj/doc/2002/20024Aden_S_398.pdf, Rdn. 402b

¹⁰⁵ Silberkuhl in Hömig, Art. 38 Rdn. 6

¹⁰⁶ Jarass/Pieroth, Art. 38 Rdn. 5

Weise, etwa aus politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Gründen¹⁰⁷. Dies gilt m.A. nach auch bei Abstimmungen.

In seinem Beschluss vom 24.11.1981¹⁰⁸ beschloss das Bundesverfassungsgericht, dass die Einführung der Briefwahl den Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl stärke. Wer sich entweder am Wahltag während der Wahlzeit aus wichtigem Grunde außerhalb seines Wahlbezirks aufhält oder seine Wohnung in einen anderen Wahlbezirk verlegt und nicht in das Wählerverzeichnis des neuen Wahlbezirks eingetragen worden ist oder aus beruflichen Gründen, infolge Krankheit, hohen Alters, eines körperlichen Gebrechens oder sonst seines körperlichen Zustandes wegen den Wahlraum nicht oder nur unter nicht zumutbaren Schwierigkeiten aufsuchen kann, könne im Rahmen einer Briefwahl abstimmen. Dies bestätigt m.E. nach auch die Bedeutung des Grundsatzes der Allgemeinheit der Wahl.

Die Verfassungsmäßigkeit einer reinen Abstimmung über das Internet, wie im Konzept der Cooperative Liquid Democracy vorgesehen ist, ist allerdings anzuzweifeln. Denn es mangelt wie oben ausgeführt an einem flächendeckenden Internetzugang. Nicht alle Bürgerinnen und Bürger haben gleichermaßen einen Zugang zur Abstimmung. Besondere Wichtigkeit entfaltet dieses Problem, da der Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl einen Spezialfall der Gleichheit der Wahl darstellt¹⁰⁹. Denn Jeder muss sein Recht auf Abstimmung in möglicher gleicher Weise ausüben dürfen¹¹⁰. Diese Gleichbehandlung ist dabei eine der wesentlichen Grundlagen der Staatsordnung¹¹¹. Die Gleichheit der Wahl ist dabei zwar kein Anwendungsfall des Art. 3 Abs. 1 GG¹¹², sie ist im Vergleich zum allgemeinen Gleichheitssatz jedoch nicht schwächer, sondern stärker ausgeprägt und gibt dem Gesetzgeber einen wesentlich engeren Spielraum bei der Ausgestaltung des Wahlrechtes. Die Möglichkeit, seine Stimme im Wahllokal oder per Brief ergänzend zur Online-Abstimmung abgeben zu können, ist zumindest in bestehenden Konzepten der Liquid Democracy nicht vorgesehen.

Möstl beruft sich in seinem Werk auf eine Studie des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM) aus dem Jahre 2002¹¹³. Demnach waren im Jahre 2001 etwa 30 Millionen deutsche Internetbenutzer gemeldet. Eine Überschlagsrechnung¹¹⁴ ergibt, dass dies etwa einer Quote von 37,5 % entspricht. Möstl kommt zum Schluss, dass der sogenannte „digital divide“ bzw. die digitale Spaltung nicht dazu führt, dass jede Form

¹⁰⁷ a.a.O.

¹⁰⁸ BVerfGE 59, 119

¹⁰⁹ Jarass/Pieroth, Art. 38 Rdn. 5

¹¹⁰ hier Wahlrecht: Hömig, Art. 38 Rdn. 6

¹¹¹ Silberkuhl in Hömig, Art. 38 Rdn. 9

¹¹² Jarass/Pieroth, Art. 38 Rdn. 7

¹¹³ Möstl, S. 227

¹¹⁴ 80 Millionen Privatpersonen / 30 Millionen Privatpersonen mit Internetanschluss

elektronischer Demokratie generell abgelehnt werden muss. Jedoch müsste dies ein Zusatzangebot sein; eine ausschließliche elektronische Wahl sei aus seiner Sicht im Jahre 2002 nicht mit Art. 28 GG vereinbar. Auch Aden kommt in seinen Ausführungen zum Ergebnis, beim gegenwärtigen Stand (gemeint: Stand der Technik im Jahre 2002) wäre es verfassungsrechtlich nicht zulässig, die elektronische Wahl als Ersatz der Briefwahl oder gar der Wahllokale zu sehen¹¹⁵.

Nunmehr haben etwa 82 % aller Privatpersonen einen Internetzugang^{116,117}. Dabei lässt sich aus dem grundgesetzlichen Demokratieprinzip und dem allgemeinen Gleichheitssatz kein subjektives Recht zur Schaffung eines Internetzuganges zur Teilnahme an Informations- und Konsultationsangeboten herleiten¹¹⁸. Auch ein Bericht der Vereinten Nationen¹¹⁹, ein Internetzugang sei ein Menschenrecht¹²⁰, steht dem nicht entgegen. Denn erstens wendet sich der Bericht erstrangig gegen die Sperrung von Inhalten im Internet¹²¹ und nicht um den Ausbau der Infrastruktur, zweitens ist der Bericht für die Bundesrepublik Deutschland nicht rechtsverbindlich. Es ist allerdings nach meiner Meinung nicht mit Art. 38 GG i.V.m. Art. 28 Abs. 1 S. 2 GG vereinbar, wenn 18 % der Haushalte, die über keinen Internetanschluss verfügen, von der Wahl ausgeschlossen würden. Denn 18 % der wahl- und stimmberechtigten Bürger würden ausreichen, um bestimmte Quoren zu überschreiten (vorgeschlagen sind zwei bis drei Prozent) und eigene Ideen einzubringen. Dazu ist auch anzuführen, dass mit der Anschaffung von einem Computer oder einem anderen internetfähigen Endgerät und der Aufrechterhaltung eines dementsprechenden Tarifes nicht unwesentliche Kosten darstellen, die etwa von Empfängern von Sozialleistungen nicht unbedingt getragen werden können. Damit würde allerdings das Wahlrecht bzw. hier das Recht auf Abstimmung indirekt auch an nicht von jedermann zu erfüllenden Bedingungen, etwa an das Einkommen, geknüpft; dies ist jedoch unzulässig¹²².

Dies führt dazu, dass eine reine Online-Abstimmung auch im momentanen Stand nach meiner Ansicht nicht zulässig ist. Es muss weitere Möglichkeiten geben, seine Stimme abzugeben oder an eine andere Person zu delegieren. Als zusätzliche Möglichkeit der Stimmabgabe verstößt die Online-Abstimmung nicht gegen den Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl. Als weitere Möglichkeiten sind dabei vor allem Wahlgeräte an öffentlich zugänglichen, barrierefreien Stellen, anzusehen. Diese Wahlgeräte müssen gegen Manipulation abgesichert werden, da eine Manipulation dieser im Vergleich zu Endgeräten der Nutzer einen höheren Schaden verursachen

¹¹⁵ Aden, http://www.kj.nomos.de/fileadmin/kj/doc/2002/20024Aden_S_398.pdf, Rdn. 406

¹¹⁶ Bundesverband Informationswirtschaft,

Telekommunikation und neue Medien e.V., https://www.bitkom.org/de/markt_statistik/64026_38541.aspx

¹¹⁷ zur besonderen Achtung der Allgemeinheit der Wahl wird vom niedrigeren Wert ausgegangen

¹¹⁸ Aden, http://www.kj.nomos.de/fileadmin/kj/doc/2002/20024Aden_S_398.pdf, Rdn. 402

¹¹⁹ United Nations, http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/docs/17session/A.HRC.17.27_en.pdf

¹²⁰ Ernst, <http://www.golem.de/1106/83968.html>

¹²¹ vgl. United Nations, http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/docs/17session/A.HRC.17.27_en.pdf, Chapter IV

¹²² Silberkuhl in Hömig, Art. 38 Rdn. 6

könnte^{123, 124}. Sie müssen den aktuellen Sicherheitsstandards entsprechen, ständig gewartet werden und in Reichweite auch von behinderten Personen stehen. Daneben sollte auch die Briefwahl angeboten werden, da einige behinderte Personen, die nicht über einen Internetzugang verfügen, eventuell nicht an die aufgestellten Wahlgeräte gelangen können. Eine zusätzliche Urnenwahl wäre zwar verfassungsrechtlich nicht problematisch, würde aber m.E. nach zu einem unverhältnismäßigen Mehraufwand führen und wäre auch m.A. nach neben der Online-Abstimmung, per Brief und lokalem Wahlcomputer nicht erforderlich. Nicht gegen die Allgemeinheit der Wahl spricht dabei, dass vermutlich nicht jede Person abstimmen wird, die es könnte. Denn dies ist auch bisher der Fall¹²⁵.

Gleichheit, Geheimheit und Freiheit der Wahl, Manipulationen

Gemäß § 5 Abs. 1 NKWG kann nur wählen, wer in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat. Um dieses zu prüfen, wird eine Kontrolle im Wahllokal vorgenommen. Mit dieser Methode wird zudem verhindert, dass eine Person mehrere Stimmen abgeben kann. Dies ist zum Schutz der Gleichheit der Wahl erforderlich. Denn nach diesem Grundsatz hat jeder Wähler die gleiche Stimmenzahl (gleicher Zählwert) und jede Stimme findet bei der Umsetzung in die Zuteilung von Sitzen in der Vertretung die gleiche Berücksichtigung (gleicher Erfolgswert)¹²⁶. Auch bei Abstimmungen muss dieser Grundsatz gelten. Jedenfalls wäre eine Abstimmung m.A. nach nicht legitim, wenn die Stimme einer Person etwa 10.000 andere Personen „übertrumpfen“ könnte.

Das Binden einer Stimme an eine IP-Adresse wäre datenschutzrechtlich fraglich. Der Bundesgerichtshof hat diese Frage zunächst an den Europäischen Gerichtshof weitergegeben¹²⁷. Unabhängig davon wäre eine Bindung an eine IP-Adresse schlicht nicht ausreichend, um den Grundsatz der Gleichheit der Wahl festzustellen. So können hinter einer IP-Adresse zwar unterschiedliche Subnetzmasken stehen; ein Zugriff auf eine Webseite ist aber unabhängig von dieser nur als IP-Adresse protokollierbar. Hinter einer IP-Adresse können dabei mehrere Benutzer stecken. Dies wird regelmäßig in Familien der Fall sein, die gemeinsam einen Tarif verwenden. Ebenso ist dies in der Regel der Fall in Firmen, Schulen, Hochschulen und öffentlichen Netzwerken, wenn sich Personen in deren kabelloses Internet einklinken oder deren Endgeräte verwenden. Eine Zuordnung, welche Personen über die IP-Adresse ihre Stimme abgegeben haben,

¹²³ So kann davon ausgegangen werden, dass mehr Bürger ihre Stimme über das „Wahlterminal“ abgeben als sie es über ein einziges Endgerät eines Nutzers tun

¹²⁴ zu Ausführungen zum Wahlgeräte-Urteil des BVerfG siehe nächstes Kapitel

¹²⁵ etwa hier: Schirmer/Schulte, <http://www.taz.de/15008465/>

¹²⁶ Jarass/Pieroth, Art. 38 Rdn. 6

¹²⁷ NJW 2015, 368

ist dabei nicht möglich. Dies würde zur Möglichkeit der mehrfachen Stimmabgabe führen, was fundamental gegen den Grundsatz der Gleichheit der Wahl verstoßen würde.

Es bleibt damit nur die Registrierung von interessierten Bürgern im System der Cooperative Liquid Democracy im Rahmen eines Verfahrens, das die Identität des Abstimmenden eindeutig klarstellt und seine Stimme an ihn bindet. Das Projekt Liquid Friesland führt dieses Verfahren mit Hilfe eines Zugangscodes¹²⁸ aus.

Dies hat allerdings zum Nachteil, dass das System ständig wissen könnte, welche Person wie abgestimmt hat. Dies könnte den Grundsatz der Geheimheit der Wahl berühren.

Die Wahl ist dabei dann geheim, wenn jeder sein Wahlrecht so ausüben kann, dass andere Personen keine Kenntnis von seiner Entscheidung erhalten¹²⁹. Die vollständige Vertraulichkeit der Stimmabgabe kann nicht gewährleistet werden¹³⁰. Dies hat vor allem drei Ursachen:

1. Eine Dezentralisierung der Stimmabgabe. Ähnlich wie bei der Briefwahl erfolgt die eigentliche Stimmabgabe nicht in einem durch staatliche Hand designierten Raum, sondern kann überall erfolgen.
2. Ein Speichern und Zuordnen der Daten mit Hilfe von Technologie. Benutzernamen und Passwörter müssen in einer Datenbank gespeichert werden.
3. Eine Manipulation von Endgeräten und dem Netzwerk an sich bleibt möglich.

Dezentralisierung als Risikofaktor

Die Dezentralisierung der Stimmabgabe könnte zwar den Grundsatz der Geheimheit der Wahl derart einschränken, als dass er durch den Staat nicht mehr kontrolliert werden kann. Die Dezentralisierung der Stimmabgabe entsteht dadurch, dass jedes Mitglied des Liquid-Democracy-Organes an seinem eigenen Endgerät seine Eingaben vornimmt. In diesem Punkt soll jedoch auf den Beschluss „Briefwahl II“ des Bundesverfassungsgerichtes vom 24.11.1981¹³¹ hingewiesen werden. Die grundsätzlichen Erwägungen zu diesem Punkt seitens des Bundesverfassungsgerichtes lassen sich auf elektronische Verfahren übertragen¹³². Denn wie bei der Briefwahl wird auch bei dem elektronischen Verfahren die Pflicht der Wahrung des Wahlgeheimnisses auf den Bürger übertragen. Dies bereite ihm allerdings in der Regel keine Schwierigkeiten, so das Bundesverfassungsgericht. Schließlich könne er sich auf sein Recht und seine Pflicht berufen, den Stimmzettel – oder im Falle der elektronischen Wahl das elektronische Dokument – unbeachtet

¹²⁸ siehe folgende Maske: <https://www.liquid-friesland.de/register/>

¹²⁹ Silberkuhl in Hömig, Art. 38 Rdn. 10

¹³⁰ Möstl, S. 228

¹³¹ BVerfGE 59, 119

¹³² so auch: Möstl, S. 228

auszufüllen und zu übermitteln. Ist ihm das nicht möglich, so stehe dem Bürger noch die Möglichkeit der Stimmabgabe auf andere Weise – etwa per Stimmabgabe im Wahllokal – oder der Verzicht auf die Stimmabgabe zur Verfügung. Diese Aussage beteuert noch einmal den Grundsatz, dass eine elektronische Wahl, wie die Briefwahl, nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes lediglich eine Ergänzung ist, keinesfalls jedoch alleine stehen darf¹³³. Hinzu kommt, dass der Wähler zu seinem Schutze auch die strafrechtlichen Normen der §§ 107 – 108 d Strafgesetzbuch besitzt¹³⁴. Letztlich ist darauf hinzuweisen, dass auch bei Einsetzen umfassender Detektionsgeräte zum Auffinden versteckter Überwachungsmechanismen der Wähler in der Wahlzelle keine Gewissheit darüber hat, dass nicht ein Detektionsgerät manipuliert wurde oder fehlerhaft arbeitet. Als einzigen Ausweg aus diesem Problem sieht Haibl/Hötzel¹³⁵ gar, die Stimmabgabe nicht mehr in einer Wahlzelle stattfinden zu lassen. Anders als bei fest installierten Wahlgeräten hat der Wähler bei seinen persönlichen Endgeräten zudem die Möglichkeit, diese in Eigenarbeit zu kontrollieren. Jeder abstimmungsberechtigte Bürger hat das Recht und die Pflicht, sein Endgerät so zu sichern, dass sein Wahlgeheimnis geschützt ist. Traut er sich dies nicht zu, steht es ihm frei, nicht abzustimmen oder die ihm zur Verfügung gestellten Wahlgeräte zu verwenden.

Zudem bringe es die Natur der Sache mit sich, dass nicht jeder der verfassungsrechtlich festgelegten Wahlrechtsgrundsätze in voller Reinheit verwirklicht werden kann¹³⁶. Anders als die Briefwahl, die Thema des o.g. Beschlusses war, dient die elektronische Wahl im Konzept der Liquid Democracy allerdings nicht dazu, den Wahlgrundsatz der Allgemeinheit, sondern die Bürgerbeteiligung besonders zu fördern. Die Dezentralisierung der Stimmabgabe führt trotzdem nicht dazu, dass der Wahlgrundsatz der Geheimheit der Wahl unverhältnismäßig stark eingeschränkt wurde. Denn das Bundesverfassungsgericht erkennt eben jedem einzelnen Bürger die Fähigkeit an, diesen Wahlgrundsatz in Eigenarbeit ausreichend zu schützen. Das o.g. Urteil ist auf die Einführung der Cooperative Liquid Democracy m.E. nach übertragbar. Denn zwar wird der Grundsatz der Geheimheit der Wahl durch das Abstimmen am eigenen Endgerät eingeschränkt. Wird dies mit dem Plus an Bürgerbeteiligung verbunden, so geschieht die Einschränkung m.A. nach nicht übermäßig¹³⁷. Dafür spricht auch, dass das eigentliche Verfahren durch den Staat abgesichert ist.

¹³³ Darauf deutet die Aussage „auf diese **und andere Weise**“ im o.g. Urteil

¹³⁴ nach: Möstl, S. 228

¹³⁵ Haibl/Hötzel, S. 212

¹³⁶ BVerGE 59, 119

¹³⁷ ähnlich: a.a.O., Rdn. 25

Freiheit der Wahl: Chilling Effects

Fraglich ist auch, inwieweit die Abstimmung und Wahl über das Internet den Grundsatz der Freiheit der Wahl einschränkt. Denn der Wähler muss in einem freien, offenen Prozess der Meinungsbildung zu seiner Wahlentscheidung finden und diese unverfälscht zum Ausdruck kommen lassen können. Dabei muss er gegen Zwang, Druck und alle seine freie Willensentscheidung wesentlich beeinträchtigten Einflüsse von staatlicher und nicht-staatlicher Seite geschützt werden¹³⁸. Im Rahmen der Liquid Democracy ist unproblematisch, dass kein staatlicher Zwang oder Druck aufgebaut wird. Die Wahlfreiheit richtet sich allerdings nicht nur gegen staatliche Handlungen, sondern auch Private¹³⁹. Dabei ist deren Einflussnahme auf die Wahl generell erlaubt; dessen Grenzen sind in § 108 StGB geregelt¹⁴⁰. Dabei muss der Dritte laut Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 08.02.2001¹⁴¹ mit Mitteln des Zwangs oder Drucks die Wahlentscheidung beeinflusst haben oder in ähnlich schwerwiegender Art und Weise auf die Wählerwillensbildung eingewirkt haben, ohne dass eine hinreichende Möglichkeit der Abwehr, z.B. mit Hilfe der Gerichte oder der Polizei, oder des Ausgleichs, etwa mit Mitteln des Wahlwettbewerbs, bestanden hätte¹⁴². Mit dieser Auffassung unterstreicht das Bundesverfassungsgericht meiner Einschätzung nach die Wichtigkeit des Art. 5 GG.

Da das Grundrecht auf Meinungsfreiheit auch die Freiheit der Meinungsverbreitung enthält und auch dem demokratischen Prozess dienen soll¹⁴³, muss dieses Grundrecht auch bei dem Grundsatz der Wahlfreiheit angerechnet werden. Vor diesem Hintergrund reichen m.E. Effekte wie der Hawthorne- bzw. Chilling Effekt nicht aus. Denn der Art. 5 GG und der Wahlgrundsatz der Freiheit der Wahl widersprechen sich nicht, sondern ergänzen sich. Wo der Art. 5 GG klarstellt, welche Formen der Meinungsverbreitung und der Beeinträchtigung der Freiheit der Wahl zulässig sind – also die freie Verbreitung der eigenen Meinung – setzt er auch Grenzen. So ist die Ausübung von Druck von Art. 5 GG ausgenommen¹⁴⁴. Dies entspricht dem § 108 StGB, der eben die Voraussetzung der Gewalt, der Drohung, durch Missbrauch eines beruflichen oder wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisses – und damit das Ausnutzen einer gewissen Macht, die einer Ausübung von Druck m.E. nach gleichstehen kann – oder sonstigen wirtschaftlichem Druck sowie der Nötigung stellt. Durch Cooperative Liquid Democracy wird jedoch kein zusätzlicher Druck aufgebaut. Zwar ist möglich, dass durch das Gefühl der Überwachung ein Chilling-Effekt eintritt. Ein so vager Druck, der zudem aufgrund von Ängsten und nicht von tatsächlichen Konsequenzen

¹³⁸ Silberkuhl in Hömig, Art. 38 Rdn. 8

¹³⁹ Jarass/Pieroth, Art. 38 Rdn. 15

¹⁴⁰ a.a.O.

¹⁴¹ BVerfGE 103, 111; Rdn. 98

¹⁴² auch so: Jarass/Pieroth, Art. 38 Rdn. 15

¹⁴³ Jarass/Pieroth, Art. 5 Rdn. 2

¹⁴⁴ ebd., Art. 5 Rdn. 6a

geprägt wird¹⁴⁵ – so bleibt das Abstimmungsverhalten weiterhin geheim – kann nicht ausreichen, um die m.A. nach recht strikten Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtes an eine Verletzung der Wahlfreiheit zu erfüllen. Eine staatliche Überwachung, wie es das Bundesverfassungsgericht in seinen Urteilen oftmals voraussetzt¹⁴⁶, liegt durch die Cooperative Liquid Democracy nicht vor. Eine Einschränkung des Grundsatzes der Freiheit der Wahl durch das Konzept der Cooperative Liquid Democracy liegt daher m.A. nach nicht vor.

Es müssen allerdings zwei Punkte berücksichtigt werden:

1. Anders als in momentanen Modellen des Liquid Feedbacks ist es unzulässig, die bereits abgegebenen Stimmen anzuzeigen („Für dieses Projekt haben abgestimmt: Mit JA 2.713, mit NEIN: 837“)¹⁴⁷. Dieser Grundsatz aus § 32 Abs. 2 BWahlG ist m.E. nach auch auf den kommunalen Bereich und auch auf Abstimmungen anzuwenden. Zwar handelt es sich streng genommen bei den angezeigten Stimmen des Liquid Feedbacks nicht um eine Hochrechnung, sondern lediglich um die Summen der bereits abgegebenen Stimmen. Jedoch können diese Summen erstens als eine Art „Hochrechnung“ gesehen werden, da beide Rechnungen das endgültige Ergebnis erahnen lassen; zweitens führen m.A. nach beide Rechnungen dazu, dass die Freiheit der Wahl betroffen ist. Steht die Entscheidung bereits aus Sicht des Bürgers fest, so ist jedenfalls nicht auszuschließen, dass dies seine Meinung beeinflusst.
2. Es muss die Möglichkeit des „Ungültigwählens“ gegeben werden¹⁴⁸. Dies wird im Rahmen der Abstimmungen durch die Möglichkeit der Enthaltung im Konzept der Cooperative Liquid Democracy bereits erlaubt. Denn das „Ungültigwählen“ bedeutet die Möglichkeit, den Stimmzettel so auszufüllen, dass keine Stimme auf einen der Wahlvorschläge entfällt. Enthalte ich mich, so entscheide ich mich de facto für keinen der Vorschläge.

Sicherung von Daten

Der zweite Punkt – das Speichern von Daten in Datenbanken – kann insofern auch die Geheimheit der Wahl und der Abstimmungen einschränken, soweit es anderen Personen als dem Wähler möglich ist, diese Daten abzurufen und sie so zu verwenden, dass ein Rückschluss auf das Abstimmungs- bzw. Wahlverhalten eines Bürgers möglich ist. Denn die Anonymität des Wählers muss auch dann gewährt werden, wenn technische Hilfsgeräte aus der Sphäre des Wählers zum Einsatz kommen¹⁴⁹.

¹⁴⁵ Süddeutsche Zeitung, <http://www.sueddeutsche.de/digital/privatsphaere-das-internet-ein-ueberwachtes-zuhause-1.1746611-2>

¹⁴⁶ Assion, <http://www.telemedicus.info/article/2773-Was-sagt-die-Rechtsprechung-zu-Chilling-Effects.html>

¹⁴⁷ Haibl/Hötzel, S. 236

¹⁴⁸ ebd., S. 237

¹⁴⁹ ebd., S. 218

Um eine Vereinbarkeit der elektronischen Wahlen mit dem Wahlgeheimnis zu gewährleisten, müssen zumindest strenge Datenschutzrichtlinien greifen. Zudem müssen weitreichende Maßnahmen zum Schutze des Wahlgeheimnisses getroffen werden. Dies soll einschließen:

- Eine Verschlüsselung aller Daten mit Hilfe eines Verschlüsselungsstandards, der den aktuellen Standards entspricht; etwa der Advanced Encryption Standard 256 Bit (AES-256), der etwa zur Verschlüsselung geheimer Dokumente der USA verwendet wird¹⁵⁰.
- Eine Verschlüsselung der Verbindung mit Hilfe des Transport Layer Security / Secure Sockets Layer (TLS / SSL)^{151,152}, wobei eine Entschlüsselungsdauer von etwa 200 Jahren oder mehr angedacht ist¹⁵³.
- Gespeicherte Daten sind mit neuen Algorithmen neu zu verschlüsseln, bevor der Sicherheitswert der alten Verschlüsselung, etwa aufgrund von neuer Technik, abnimmt¹⁵⁴.
- Das System muss den Grundsätzen der Datenvermeidung und Datensparsamkeit folgen. Dabei ist die Definition des § 3a BDSG m.A. nach eine auch hier zutreffende. Ein besonderes Augenmerk sollte hier auf den Satz 2 gerichtet werden: „Insbesondere sind personenbezogene Daten zu anonymisieren oder zu pseudonymisieren, soweit dies nach dem Verwendungszweck möglich ist und keinen im Verhältnis zu dem angestrebten Schutzzweck unverhältnismäßigen Aufwand erfordert.“ Dies betrifft auch versteckte Datenkanäle, die lediglich zur Kontrolle der Stimmen in Registern geführt werden¹⁵⁵. *Insbesondere darf nicht gespeichert werden, wer wie abgestimmt hat (Separation)*. Wer abgestimmt hat und wie abgestimmt wurde ist in separaten, nicht zu verbindenden Datenbanken gespeichert werden.
- Die Server, die auf die Datenbank zugreifen können, sollten dezentral aufgebaut sein. So könnte etwa ein Server auf die Datenbank der registrierten Wähler Zugriff haben (Müller, Reinhard), ein Server auf die Datenbank der Status der Abgabe der Stimme (abgegeben / nicht abgegeben) und mehrere Server könnten unterschiedliche Teile des Schlüssels zum „Zusammensetzen“ der Daten haben. Alle Server haben sich ständig selbst auf Funktionsfähigkeit zu kontrollieren, etwa mit Hilfe mehrerer Prüfwerte und Prüfsummen. Wird ein Server manipuliert, so schlagen die anderen Server Alarm und schließen den betroffenen Server sofort aus dem Netzwerk aus.

¹⁵⁰ Committee on National Security Systems, <http://csrc.nist.gov/groups/ST/toolkit/documents/aes/CNSS15FS.pdf>

¹⁵¹ vgl. Abbildung 2

¹⁵² vgl. Abbildung 3

¹⁵³ so Haibl/Hötzel, S. 226: Mindestens eine Generation, danach weniger strikt

¹⁵⁴ ebd., S. 231

¹⁵⁵ ebd., S. 218

- Browser-Plugins sowie sonstige client-side Applikationen können zudem zur Sicherheit beitragen. Insbesondere könnten diese VPN-Verbindungen aufbauen oder Proxys einrichten.

Der Bürger muss die Möglichkeit effektiven Lügens besitzen¹⁵⁶, d.h. er muss Dritten hinsichtlich seines Stimmverhaltens falsche Angaben machen können, ohne dass diese Dritten dies überprüfen könnten. Diese Möglichkeit wird jedoch m.E. nicht eingeschränkt, wenn die Datenkanäle ausreichend abgesichert sind und damit die registrierten Stimmen nicht von unautorisierten Personen eingesehen werden können. Eine Einschränkung liegt auch nicht dadurch vor, dass jemand Drittes „über die Schulter schauen“ könnte – siehe dazu die Ausführungen zum Briefwahl-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes.

Manipulationen

Die Geheimheit der Wahl könnte durch Manipulation stark beeinträchtigt werden. Dies könnte zudem das Endgerät des Benutzers als auch die Manipulation des zentralen Servers, bzw. der Datenbank betreffen. Die mitgeschnittene Wahl- oder Abstimmungsentscheidung kann dann zwischengespeichert oder an andere Personen weitergeleitet werden¹⁵⁷. Stehen der Person, an die diese Informationen weitergeleitet werden, weitere Informationen zur Verfügung – etwa die IP-Adresse oder über das sog. Geolocating (entweder „grob“ über die IP-Adresse an sich oder feiner etwa über Ausnutzen des Global Positioning System) der Standort des Wahlgerätes, so könnte diejenige Person das Wahl- oder Abstimmungsergebnis einer bestimmten Person zuordnen. Die Geheimheit der Wahl wäre damit verletzt. Wird das Abstimmungsergebnis beeinträchtigt, leidet zudem durch auch die Legitimation des Ergebnisses.

Eine absolute Sicherheit vor Manipulationen gibt es nicht¹⁵⁸. Erkennen konnte man dies zuletzt etwa an dem massiven Angriff auf IT-Infrastruktur des Bundestages¹⁵⁹. Erschwerend kommt hinzu, dass – anders als bei den Wahlgeräten, die bei der Bundestagswahl 2005 zum Einsatz kamen – die Endgeräte der jeweiligen Mitglieder des Organes nicht etwa von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt geprüft wurden. Zudem werden sie nicht weiter sicher gelagert und ständig überprüft und gewartet. Eine staatliche Kontrolle ist nicht möglich.

Manipulationen sind in Kommunen ebenfalls möglich. Allerdings ist m.E. nach zu unterscheiden, auf welcher Ebene eine Wahl bzw. Abstimmung stattfindet¹⁶⁰. Andernfalls würde das Argument der Manipulationen als „Totschlagargument“ gelten und jegliche elektronische Machausübung m.A.

¹⁵⁶ ebd., S. 218

¹⁵⁷ ebd., S. 221

¹⁵⁸ Stadt Konstanz, <http://www.konstanz.de/rathaus/medienportal/mitteilungen/06298/index.html>

¹⁵⁹ Zweites Deutsches Fernsehen, <http://www.heute.de/bundestag-verabschiedet-it-sicherheitsgesetz-38845456.html>

¹⁶⁰ so auch: Haibl/Hötzel, S. 222

nach komplett ausschließen. Daher seien Überlegungen dazu anzustellen, ob auch angesichts der rechtlichen und sozialen Hürden sowie dem denkbaren Schadenspotential ein besonderes hohes Risiko des Eintrittes und der Erheblichkeit von Auswirkungen auf eine Abstimmung insgesamt bestünden, so Haibl/Hötzel.

Die tatsächlichen Hürden fallen von Endgerät zu Endgerät unterschiedlich hoch aus (Virenschutz, Firewall, Betriebssystem, Benutzen eines kabellosen Netzwerkes etc.). Die Geräte werden wie o.g. zumindest keinen staatlichen Prüfungen ausgesetzt. Ein besonders hohes Risiko, sowohl bezüglich der Geheimheit der Wahl sowie bezüglich des Eintrittes und der Erheblichkeit für Abstimmungen und Delegationen halte ich dagegen für nicht vorhanden.

1. Die Manipulation von einzelnen Endgeräten mag zwar im Einzelfall recht „einfach“ sein. Rechtlich gesehen stehen dem jedoch eine Vielzahl von Straftaten gegenüber, etwa die §§ 107c, 201, 202a, 202b oder 202c StGB. Zudem hat die Manipulation eines Endgerätes, auch, wenn die Entscheidung, die von diesem Endgerät ausgesandt wurde, verändert wird, nur geringe Auswirkungen auf das letztendliche Ergebnis der Abstimmung. Dies kann nicht zu einer großen Erheblichkeit für diese führen. Für die Sicherheit der Geheimhaltung seiner Stimme hat der einzelne Bürger, wie auch bei der Briefwahl, Rechnung zu tragen. Er hat sein Endgerät dementsprechend so zu sichern, dass ein Dritter darauf keinen Zugriff erhält. Traut er sich dies nicht zu, kann er ein von der Verwaltung überwachtes Wahlgerät verwenden oder per Brief abstimmen.
2. Die Manipulation des Netzwerkes, der Datenbank o.ä. könnte dagegen massive Auswirkungen auf die Ergebnisse der Abstimmungen haben. Neben der Möglichkeit des Auslesens wäre es auch nicht unmöglich, jede Stimme anders zuzuordnen, also anders¹⁶¹ abzustimmen. Hierbei müssen daher die strikten o.g. Anforderungen an die Datensicherheit greifen. Eine Manipulation des Netzwerkes erfordert neben der „kriminellen Energie“¹⁶² auch ein sehr tiefgreifendes technisches Sachverständnis sowohl auf Ebene der Soft- und Hardwareebene, der Online- und Offlineebene wie auch auf der Back- und Front-End-Seite. Insoweit erscheint das durchaus noch vorhandene Risiko der Manipulation aufgrund der Hürden sowie des begrenzten Schadenspotentials (kommunale Entscheidungen, nicht etwa Gesetzesentscheidung des Bundestages) hinnehmbar¹⁶³. Hierbei wird auch auf die Ausführungen zu den Sicherheitsstandards verwiesen.

¹⁶¹ Haibl/Hötzel, S. 222

¹⁶² a.a.O.

¹⁶³ selbst für Bundestag, dort aus anderen Gründen: Haibl/Hötzel, S. 223

3. Die Manipulation von einem Großteil der betroffenen Endgeräte ist dabei ebenfalls ohne weitreichende Kenntnisse und eine große kriminelle Energie nicht umsetzbar.

Ein wichtiges Element dabei ist neben der Ausspähung der Endgeräte und der Manipulation des Systems an sich auch die Übertragung der Daten vom Endgerät an den Server. Dieser Vorgang ist mit Hilfe modernster Kryptographie zu schützen. Zwar ist eine Entschlüsselung möglich – selbst für relativ kurze Schlüssel ist dafür allerdings ein Zeitraum länger als die Existenz unseres Universums erforderlich¹⁶⁴. Auch das Ausnutzen von Implementierungsfehlern (soweit diese nicht zu gravierend sind) sowie das Nutzen von Quantencomputern werden nur einer sehr überschaubaren Gruppe von Personen möglich sein¹⁶⁵.

Werden die jeweils aktuellen Sicherheitsstandards angewandt, so besteht m.E. nach keine verfassungsrechtlich unzulässige Beeinträchtigung. Dabei hat der Träger, also i.d.R. die Gemeinde, die Verantwortung zu tragen. Denkbar wäre auch, die Sicherstellung der o.g. Erfordernisse in Bezug auf Soft- und Hardware an ein Unternehmen auszulagern. Dabei darf allerdings lediglich die technische Unterstützung, nicht etwa die Auszählung als m.A. nach Kernkompetenz des Staates abgelegt werden. Denn das Sicherstellen von demokratischen Grundsätzen auf private Dritte zu übertragen, halte ich für verfassungsrechtlich stark bedenklich.

Öffentlichkeit der Wahl

Zwar ist die Öffentlichkeit der Wahl nicht explizit in Art. 28 Abs. 1 S. 2 GG aufgeführt. Auch der Art. 57 Abs. 2 NV nennt diesen Grundsatz nicht. Dennoch ist die Öffentlichkeit des staatlichen Wahlverfahrens einer der Bestandteile des demokratischen Prinzipes^{166,167}, so dass dieser auch im Rahmen der Prüfung des Cooperative-Liquid-Democracy-Konzeptes zu prüfen ist.

Der Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl besagt, dass alle wesentlichen Schritte der Wahl öffentlich nachprüfbar sein müssen, soweit andere verfassungsrechtliche Belange keine Ausnahme rechtfertigen¹⁶⁸. Dabei muss nicht nur das Verfahren transparent sein, sondern das Ergebnis muss vor den Augen der Öffentlichkeit beschlossen werden¹⁶⁹.

In diesem Zusammenhang könnte Cooperative Liquid Democracy den Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl dadurch verletzen, dass eine computergesteuerte Auszählung und Auswertung von Stimmen nicht mit dem Auge nachprüfbar ist.

¹⁶⁴ Haibl/Hötzel, S. 233

¹⁶⁵ a.a.O.

¹⁶⁶ BVerfGE 121, 266; Rdn. 70

¹⁶⁷ Jarass/Piero, Art. 20, Rdn. 12

¹⁶⁸ Silberkuhl in Hömig, Art. 38 Rdn. 11

¹⁶⁹ Jarass/Piero, Art. 20 Rdn. 12

Zwar können verfassungsrechtliche Belange dazu führen, dass der Wahlgrundsatz der Öffentlichkeit eingeschränkt werden darf¹⁷⁰. Beim Einsatz rechnergesteuerter Wahlgeräte seien jedoch keine gegenläufigen Verfassungsprinzipien erkennbar, die eine weitreichende Einschränkung der Öffentlichkeit der Wahl und damit der Kontrollierbarkeit von Wahlhandlung und Ergebnisermittlung rechtfertigen könnten, so das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 03.03.2009¹⁷¹. Demnach sei es unzulässig, wenn die abgegebenen Stimmen lediglich elektronisch gespeichert werden. Der Wähler darf nicht darauf verwiesen werden, in die Integrität des Systems zu vertrauen. Denkbar seien allerdings Wahlgeräte, bei denen die Stimme nicht nur elektronisch, sondern auch auf andere Weise erfasst würde. Diese Ausführungen sind m.E. nach auch auf Abstimmungen übertragbar.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Hinweise von Bremke¹⁷². Zwar sind diese Hinweise vor dem o.g. Urteil des Bundverfassungsgerichtes entstanden, sie sind jedoch m.E. nach grundlegend anwendbar. Bremke greift auch hier den späteren Gedanken des Bundesverfassungsgerichtes, hier „Paper trails“ genannt, auf und bezeichnet ihn als „sicherlich offensichtlichstes Mittel zur Schaffung einer Nachprüfbarkeit“, stellt hierbei jedoch auch in Frage, ob das Innovationspotential dieser neuen Art der Wahl in Frage gestellt wird.

Denn das Bundesverfassungsgericht fordert letztlich die Abgabe eines Papierprotokolls¹⁷³. Der Ausdruck eines Papierprotokolls ist dabei nicht weiter problematisch; es ist etwa technisch durchaus umsetzbar, ein Fenster mit dem Inhalt „Sie haben Ihre Stimme für Vorschlag A/B/C abgegeben“ anzuzeigen, welches per Knopfdruck ausgedruckt werden kann. Dementsprechend ist es theoretisch auch möglich, diese Stimmzettel an eine zentrale Stelle zur Möglichkeit der Überprüfung zu senden. Praktisch erscheint dies allerdings nur wenig sinnvoll. Ziel der Liquid Democracy ist die steigende Bürgerbeteiligung. Müssen alle Stimmzettel stetig an die zuständige Behörde übersandt werden, so steigt das Aufwands- und Kostenpotential, sowohl auf Seiten der Behörde als auch auf Seiten der Bürger erheblich. Damit sinkt jedoch m.E. nach auch die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren. Denn erstens bin ich dazu wohl weniger bereit, mich zu beteiligen, wenn ich dafür zahlen muss – etwa durch Porto - und zweitens bin ich dies auch, wenn ich unter Umständen regelmäßig zwei Zählungen abwarten muss – die elektronische und die manuelle Nachzählung. Dieser Kritik schließt sich auch Haibl/Hötzel¹⁷⁴ an: Existieren sowohl der elektronische Nachweis und der schriftliche Nachweis – der im Endeffekt nur ein Ausdruck des elektronischen Nachweises ist – so ist festzustellen, welcher Nachweis bei Ungleichheit

¹⁷⁰ Haibl/Hötzel, S. 301

¹⁷¹ BVerfGE 123, 39; Rdn. 126

¹⁷² Bremke, <http://rsw.beck.de/cms/?toc=MMR.ARC.200404&docid=116194>

¹⁷³ vgl. BVerfGE 123,39; Rdn. 121

¹⁷⁴ Haibl/Hötzel, S. 42f.

maßgeblich ist. Vertraut man dem schriftlichen Nachweis, so würde das Wahlgerät lediglich als technische Hilfe eingesetzt. Der daraus entstehende Vorteil wäre m.A. danach minimal – ob ein Kreuz gesetzt wird oder eine Taste gedrückt wird, erscheint gleich aufwendig. Dann müsste jedoch immer eine Nachzählung der schriftlichen Nachweise erfolgen, sodass der Sinn des elektronischen Verfahrens wohl nicht sinnhaft ist. Vertraut man dagegen dem elektronischen Nachweis, so ist der schriftliche Nachweis nicht erforderlich. Zudem bleiben durch den Ausdruck die Vorgänge im Wahlgerät, die korrekte Verarbeitung und Speicherung der Stimmdateien weiterhin nicht nachvollziehbar¹⁷⁵.

Das o.g. Urteil des Bundesverfassungsgerichtes führt m.E. nach nicht zur generellen Unmöglichkeit der Durchführung von Internet-Abstimmungen, wie sie Cooperative Liquid Democracy vorsieht. So schrieb das Gericht, der Gesetzgeber könne in begrenztem Umfang Ausnahmen vom Grundsatz der Öffentlichkeit zulassen, um anderen verfassungsrechtlichen Belangen Geltung zu verschaffen¹⁷⁶.

Zwar erkannte das Gericht in seiner Prüfung in der Tat keine dem Grundsatz der Öffentlichkeit entgegenläufigen Verfassungsprinzipien. Dabei führte es jedoch lediglich seine Überlegungen zur Vermeidung von unbewussten Stimmzettelnkennzeichnungen¹⁷⁷, der Geheimheit der Wahl – welches mit dem Grundsatz der Öffentlichkeit kein Spannungsfeld bildet, da die Geheimheit der Wahl den Wahlakt betrifft, während der Grundsatz der Öffentlichkeit das Wahlverfahren betrifft¹⁷⁸ – und zum Ziel der schnellen Bildung einer handlungsfähigen Volksvertretung aus¹⁷⁹.

Das Hauptziel der Cooperative Liquid Democracy ist allerdings die Erhöhung der Bürgerbeteiligung. Dieses Ziel ist jedenfalls nicht verfassungswidrig, da gemäß Art. 20 Abs. 2 S. 1 GG die Staatsgewalt auch durch Abstimmungen ausgeübt werden kann. Das Grundgesetz entschied sich daher m.A. nach nicht aufgrund von politischen Auffassungen gegen die direkte Demokratie, sondern bevorzugt lediglich die repräsentative Demokratie aufgrund von praktischen Hürden. Da die Bundesrepublik Deutschland praktisch nicht über direkte Demokratie regierbar ist – vor allem erschien dies zu Zeiten der Unterzeichnung der Verfassung derart, da davon ausgegangen wurde, dass im Rahmen der direkten Demokratie alle Bürger in einem physischen Raum zusammentreffen müssten¹⁸⁰ – entschied sich das Grundgesetz praktisch daher für die mittelbare Demokratie¹⁸¹. Zudem traute der Parlamentarische Rat allerdings dem deutschen

¹⁷⁵ a.a.O.

¹⁷⁶ BVerfGE 123, 39; Rdn. 126

¹⁷⁷ ebd; Rdn. 127

¹⁷⁸ ebd; Rdn. 128f.

¹⁷⁹ ebd; Rdn. 130

¹⁸⁰ vgl. dazu die Ausführungen zur Abschaffung der Vertretung

¹⁸¹ Antoni in Hömig, Art. 20 Rdn. 3

Volk nicht die notwendige politische Reife zu, um im breiten Umfange Elemente der direkten Demokratie in die Verfassung aufzunehmen – auch vor dem Hintergrund der Ereignisse im und um den zweiten Weltkrieg¹⁸². Allerdings hat sich die Gesellschaft seitdem m.E. nach positiv entwickelt, siehe etwa auch das Experiment in Essen bezüglich Rassismus im Alltag¹⁸³.

Das o.g. Urteil muss auch dahingehend verstanden werden, dass die Sicherheit des Wahlverfahrens einerseits und das Vertrauen der Bürger in die Wahl andererseits gleichermaßen sichergestellt werden müssen¹⁸⁴. Dieser Auffassung schließe ich mich an. Bezüglich der Sicherheit des Wahlverfahrens wird auf die Ausführungen zum Grundsatz der Geheimheit der Wahl verwiesen.

Zwar wird der Grundsatz der Volkssouveränität nicht dadurch verletzt, dass nicht das Volk direkt, abstimmt, sondern eventuell ihre Vertreter abstimmen, sofern diese rechtmäßig – d.h. etwa unter Beachtung der Wahlgrundsätze - gewählt wurden und das Organ, dem sie angehören, ebenfalls rechtmäßig ist. Eine andere Auffassung würde zu einem Widerspruch im Grundgesetz führen, da die Idee der Vertretung essentiell für die repräsentative Demokratie ist. Die Machtausübung des Volkes in Wahlen wird durch Art. 20 Abs. 2 S. 2 GG gewährleistet. Die Handlungsformen der direkten Demokratie – etwa Volksentscheide – und der repräsentativen Demokratie stehen in Bezug auf ihre demokratische Legitimation jedenfalls gleichrangig nebeneinander¹⁸⁵.

Der Demokratie schadet dagegen m.A. nach eindeutig das sinkende Vertrauen in die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland. So titelte die ZEIT am 05. Mai 2015: „Wie wir das Misstrauen lieben: Politiker lügen, die Wahlbeteiligung sinkt, Proteste versanden“. Und sie schreibt: „Die Wahlbeteiligung sinkt in den meisten Demokratien, Politikverdrossenheit mündet in Resignation. Wählen scheint vielen Menschen keine Lösung mehr zu sein.“¹⁸⁶ Das o.g. Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 03.03.2009¹⁸⁷ stellte jedoch das Öftere dar: Der Bürger muss in das Verfahren der Besetzung der Vertretung vertrauen können¹⁸⁸. Gehört allerdings das Vertrauen in das Verfahren der Besetzung der Vertretung bereits wesentlich zum Demokratieprinzip, so beeinträchtigt auch das gesunkene¹⁸⁹ Vertrauen in das politische System mit seinen Ausprägungen der sinkenden Wahlbeteiligung und des mangelnden Vertrauens in die gewählten Vertreter das Demokratieprinzip. Die Lösung dieser „Krise des real existierenden deutschen Parteistaates“ sei es laut dem deutschen Juristen von Lucke, die Partizipation der Bürger

¹⁸² Grzeszick in Maunz/Dürig, Art. 20 Rdn. 64

¹⁸³ Viehmann, http://www.focus.de/auto/ratgeber/unterwegs/was-soll-der-scheiss-plateze-fuer-deutsche-in-diesem-bus-duerfen-auslaender-nur-hinten-sitzen_id_4773058.html

¹⁸⁴ Haibl/Hötzel, S. 43

¹⁸⁵ Grzeszick in Maunz/Dürig, Art. 20 Rdn. 62

¹⁸⁶ Köhl, <http://www.zeit.de/digital/internet/2015-05/republica-misstrauen-politik-internet-zuckerman>

¹⁸⁷ BVerfGE 123, 39

¹⁸⁸ ebd.; etwa Rdn. 108, 113, 122, 123

¹⁸⁹ sicherlich ein subjektiver Begriff, hier aus Wahlbeteiligung und dem ZEIT-Artikel abgeleitet

zu stärken. Mehr direkte Demokratie könne ein wichtiger Ansatz sein, wenn sie unten oder bei maßgeblichen Sachfragen beginnt, so von Lucke¹⁹⁰.

Die Cooperative Liquid Democracy setzt an zwei unterschiedlichen Punkten an, die in diese Richtung gehen:

1. Eine Verlagerung von Kompetenzen der Vertretung auf die Bürger durch Elemente der direkten Demokratie; diese beginnt „unten“ – also anders als eine Volksbefragung direkt bei den Bürgern – und betrifft auch (für die Kommune) wichtige Fragen, wie etwa eine Satzung über den Betrieb eines Schwimmbades.
2. Cooperative Liquid Democracy fordert eine (beinahe) ständige Diskussion zwischen dem Liquid-Democracy-Organ, welches größtenteils direktdemokratisch arbeitet, und der Vertretung. In diesem Zusammenhang ist zwingend Voraussetzung, dass beide Organe sehr transparent agieren; die strikte Trennung von Vertretung und Bürgern würde daher m.A. nach nicht mehr als derart strikt empfunden werden.

Durch diese beiden Punkte wird das Vertrauen in die deutsche Demokratie und das gesamte politische System der Bundesrepublik Deutschland m.E. nach zumindest teilweise wiederhergestellt. Dies ist m.E. ein verfassungsrechtliches Belangen neben der Verwirklichung der Wahlgrundsätze. Daher muss eine Re-Evaluierung der Verfassungsmäßigkeit einer Einschränkung des Wahlgrundsatzes der Öffentlichkeit erfolgen.

Inwieweit die Bürgerbeteiligung das Demokratieprinzip dabei fördert und diese damit als verfassungsrechtliches Belangen angesehen werden kann, ist objektiv m.A. nach nur schwerlich messbar. Zwar hält sich die Anzahl der Beteiligten in bestehenden Modellen noch zurück. Liquid Friesland verzeichnet etwa 100 Aktive; dies entspricht etwa 0,1 % der Bevölkerung¹⁹¹. Als Reaktion auf diese durchaus niedrige Anzahl an Aktiven bezeichnete die Konrad-Adenauer-Stiftung Liquid Friesland gar als „gescheitertes Experiment“¹⁹². Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich der Rat des Landkreises Friesland lediglich dazu verpflichtet hat, sich mit den auf der Plattform Liquid Friesland aufgebrachten Themen zu beschäftigen und die dort aufgezeigten Ergebnisse zu berücksichtigen. Das Liquid-Democracy-Organ innerhalb des Konzeptes der Cooperative Liquid Democracy dagegen erhält wesentlich stärkere Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung dadurch, dass ihre Entscheidung – bei Überschreiten der notwendigen Quoren und mit Ausnahme der Pattsituation – von gleicher Relevanz als die Entscheidung der

¹⁹⁰ von Lucke, <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2010/juli/demokratie-ohne-volk>

¹⁹¹ Behrens, http://www.liquid-democracy-journal.org/issue/2/The_Liquid_Democracy_Journal-Issue002-07-LD_for_Civic_Participation_-_A_View_on_LiquidFriesland.html

¹⁹² Eisel, <http://www.kas.de/wf/de/33.37819/>

Vertretung ist. Meiner Einschätzung nach würde die Bürgerbeteiligung stärker angenommen, wenn sich die Beteiligten darüber im Klaren sind, welche Auswirkungen eine Entscheidung hat. Denn im Modell des Liquid Friesland kann die Vertretung das Ergebnis, das im Liquid-Democracy-Verfahren entstanden ist, theoretisch ignorieren – und so die „Macht“ der Bürger im Entscheidungsfindungsprozess auf fast null setzen. Der Vergleich der Konrad-Adenauer-Stiftung mit der mangelhaften Beteiligung bei der Piratenpartei Deutschland, die die Liquid Democracy m.A. nach in die politische Debatte in Deutschland gebracht haben, hinkt aus meiner Sicht ebenfalls. Denn m.E. nach folgte das mangelnde Interesse an Liquid Feedback vor allem auch an der abnehmenden Relevanz der Partei. Dies führt wiederum zu dem Gedanken, nichts ändern zu können – zwar wäre es den Mitgliedern der Partei möglich, etwa das Parteiprogramm zu ändern, aber ein Parteiprogramm nutzt den Mitgliedern in ihrem täglichen Leben recht wenig. Das Interesse an Entscheidungen, die ihr tägliches Leben betreffen – wie etwa kommunale Entscheidungen – dürfte daher m.E. nach durchaus höher sein. Auch regieren nicht, wie von der Konrad-Adenauer-Stiftung kritisiert, kleine „Internet-Eliten auf Kosten der großen Mehrheit der Bürger“. Denn das Liquid-Democracy-Organ muss, um entscheiden zu dürfen, gewisse Quoren überschreiten. Dies sind bei der Cooperative Liquid Democracy, anders als bei Liquid Friesland, Quoren von der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung und nicht nur der Mitglieder des Organes. Vor diesem Hintergrund vertrete ich damit die Ansicht, die Bürgerbeteiligung im Rahmen der Cooperative Democracy so zu werten, dass sie einem verfassungsrechtlichen Gut gleichkommt.

Das verfassungsrechtliche Belangen der Steigerung der Bürgerbeteiligung reicht m.E. danach aus, um den Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl einzuschränken. Dafür spricht auch, dass der Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl bei kommunalen Abstimmungen m.E. nach nicht so strikt wie bei Bundestagswahlen anzuwenden ist. Dafür spricht zum einen die besondere Rolle des Bundestages:

- Der Bundestag nimmt Wahlfunktionen etwa für BundesrichterInnen, BundeskanzlerInnen und BundespräsidentInnen vor. Das Liquid-Democracy-Organ tut dies nicht.
- Der Bundestag als Teil der Legislative kontrolliert die Exekutive. Diese Kontrolle ist grundlegend für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist¹⁹³. Auch derartige Kompetenzen entfallen weder auf die Vertretung noch auf das Liquid-Democracy-Organ.
- Der Bundestag entscheidet über den Verteidigungsfall.
- Bundesgesetze betreffen einen wesentlich weiteren Umfang, sowohl räumlich als auch an der Menge der betroffenen Personen gemessen, als kommunale Satzungen.

¹⁹³ Gröpl, http://www.uni-saarland.de/fileadmin/user_upload/Professoren/fr11_ProfGroepf/lehre___nur_Pdfs_/lehre1314/SRI13WfW.pdf, S. 2

Zweitens spricht dafür auch, dass im Falle des Auftauchens einer Manipulation – genau dieses soll u.a. durch die möglichst gute Offenlegung des Wahlprozesses verhindert werden – eher wiederholt werden kann als eine Wahl. Bei einer Bundestagswahl könnten etwa 61,8 Millionen Wahlberechtigte erneut wählen¹⁹⁴. Das erneute Eröffnen von zahlreichen Wahllokalen, der möglicherweise erneut stattfindende Wahlkampf und sonstige mit der Wahl verbundene Ausgaben würden einen enormen Kosten- und Verwaltungsaufwand ausmachen. Abstimmungen auf kommunaler Ebene haben dagegen einen relativ kleinen Auswirkungskreis in finanzieller, räumlicher und auf Anzahl der betroffenen Personen bezogener Hinsicht.

Begreift man nun die Bürgerbeteiligung als Versuch der Steigerung der Demokratie als hohes verfassungsrechtliches Gut und bedenkt man zudem die o.g. Gründe, die zu einer leichten Abwertung des Grundsatzes der Öffentlichkeit der Wahl in Bezug auf kommunale Abstimmungen führen, so ist eine Einschränkung dieses Grundsatzes wohl vertretbar.

Gegen die Öffentlichkeit der Wahl spricht eben m.E. hier nicht, dass der Wähler keine Möglichkeit hat, die elektronische Ablage seiner abgegebenen Stimme selbst zu kontrollieren¹⁹⁵. Zwar ist der korrekte Ablauf von der Auswahlentscheidung des Wählers zur elektronischen Ablage der Stimme anders als bei den Wahlgeräten, die bei der Bundestagswahl 2005 eingesetzt wurden, kein Bestandteil einer Baumusterprüfung, da die Endgeräte der Nutzer nicht überprüft werden. Jedoch ist hierbei zu beachten, dass die Baumusterprüfung in diesem Zusammenhang vor allem dem Ziel einer manipulationssicheren und einwandfrei funktionierenden Software zur Übermittlung der Stimmen dient. Im Konzept der Cooperative Liquid Democracy ist die Software in der „Cloud“, d.h. auf den Server der jeweiligen Kommunalverwaltung, die oben genannte Sicherheitsstandards zu erfüllen haben. Auch hier könnte eine andere Software auf Grundlage der vorhandenen Daten den Auswahlprozess wiederholen, so dass dieser auf jeden Fall mindestens unabhängig kontrollierbar ist¹⁹⁶. Im Falle einer Manipulation kann die Abstimmung zudem wiederholt werden. Dazu können – und müssten im Sinne der Datensparsamkeit - die bereits abgegebenen Daten gelöscht werden.

Zudem hat das Bundesverfassungsgericht in seinem o.g. Urteil ein „Hintertürchen“ offen gelassen: Ob es neben den ausgedruckten Stimmungszetteln andere technische Möglichkeiten gebe, die ein auf Nachvollziehbarkeit gegründetes Vertrauen des Wahlvolks in die Korrektheit des Verfahrens bei der Ermittlung des Wahlergebnisses ermöglichen und damit dem Grundsatz der Öffentlichkeit der

¹⁹⁴ Egeler, http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/presse/w13001_Wahlberechtigte.html

¹⁹⁵ Schrepf/Greif/Richter, S. 88 ff.

¹⁹⁶ a.a.O.

Wahl genügen¹⁹⁷, entschied das Gericht nicht. Es wäre etwa denkbar, dem Benutzer eine E-Mail oder SMS mit seiner Entscheidung zuzusenden.

Eine Auffassung, nach der die Wahlgrundsätze im System der Liquid Democracy nicht Anwendung finden, kann ich dagegen nicht vertreten. Denn es sind m.A. nach keine Gründe dafür zu erkennen, dass die Wahlrechtsgrundsätze bei Abstimmungen nur abgeschwächt zu befolgen sind. Sicherlich können in der Praxis nicht alle Wahlrechtsgrundsätze in ihrer „reinsten Form“ umgesetzt werden – so ist dies schließlich auch bei der Briefwahl der Fall, bei welcher die Geheimheit der Wahl beeinträchtigt ist.

Selbstverständlich muss der Öffentlichkeitsgrundsatz in seiner Essenz erhalten werden und darf zudem nicht unverhältnismäßig eingeschränkt werden. Um dies zu gewährleisten, muss das Abstimmungssystem zumindest so entworfen werden, dass es für jeden Bürger verständlich und nachvollziehbar ist. Zudem muss sichergestellt werden, dass die Daten für eine „Proberechnung“ im Falle der Überprüfung zur Verfügung stehen. Ist dem der Fall, ist der Öffentlichkeitsgrundsatz m.A. nach nicht unverhältnismäßig eingeschränkt.

Delegated Voting im verfassungsrechtlichen Kontext

In einigen Kreisen wird die Idee der Abgabe der Stimmen an andere Wahlberechtigte als Kernteil der Liquid Democracy angesehen¹⁹⁸. Vor diesem Hintergrund soll diese Idee auch hier verfassungsrechtlich beleuchtet werden. Da die Idee allerdings in der Theorie der Cooperative Liquid Democracy keine Anwendung findet, soll eine detaillierte Auseinandersetzung nicht erfolgen.

Das Prinzip des Delegated Voting verstößt je nach Auslegung m.A. nach entweder gegen den Grundsatz der Geheimheit oder der Öffentlichkeit. Das Ziel des Delegated Votings ist es, dass der jeweils Delegierende – der „Wähler“ – seine Stimmen jederzeit zurückziehen kann. Dadurch würde die Stimme „im Fluss“ gehalten. Dafür müsste derjenige, der die Stimme delegiert erhalten hat, allerdings seine Entscheidung offenlegen. Andere Personen erhielten dadurch allerdings Nachricht von seiner Entscheidung, was zu einem Verstoß gegen die Geheimheit der Wahl führen würde. Zwar könnte man der Auffassung folgen, wer Delegierter wäre, müsse seine Stimme aufgrund seiner neu gewonnenen Machtposition offenlegen. Die Mitglieder des Bundestages stimmen so etwa gemäß §§ 48 Abs. 1, § 51 BTGO regelmäßig offen ab. Die Ergebnisse werden auf der Website des Deutschen Bundestages veröffentlicht¹⁹⁹. Allerdings ist die Rolle der Delegierten im Liquid-Democracy-Organ eine grundlegend andere als die der Bundestagesabgeordneten. Abgeordnete des

¹⁹⁷ BVerfGE 123, 39; Rdn. 122

¹⁹⁸ etwa hier: Liquid Democracy e.V., <https://liqd.net/schwerpunkte/theoretische-grundlagen/liquid-democracy/>

¹⁹⁹ Deutscher Bundestag, <https://www.bundestag.de/abstimmung>

Bundestages sind Vertreter nicht nur ihrer Wähler, sondern des ganzen Volkes²⁰⁰, während die Delegierten in der Liquid Democracy nur ihre „Wähler“ vertreten sollen. An erster Stelle sind die Delegierten in der Liquid Democracy daher als Bürger anzusehen. Diese dürfen nicht – auch nicht freiwillig – den Grundsatz der Geheimheit der Wahl aufgeben, sondern müssen gemäß den gesetzlichen Bestimmungen geheim wählen²⁰¹.

Die Geheimheit der Wahl ist m.A. nach aus diesen Gründen auch durch das Delegated Voting im Konzept der Liquid Democracy daher nicht einschränkbar. Kein in diesem Sinne Delegierter darf öffentlich abstimmen. Dies führt allerdings gezwungenermaßen zu einer Beeinträchtigung des Grundsatzes der Öffentlichkeit der Wahl. Denn wissen die Wählenden nicht, was ihr Delegierter mit ihrer Stimme tut, so ist das Ergebnis der Sachentscheidung für sie nicht nachvollziehbar. Selbst, wenn man davon ausgeht, dass die Bürger ihre Stimme nicht übertragen müssen und im Zweifelsfall sich auf den Delegierten „blind verlassen müssten“, so würde dies wiederum zu einer sinkenden Bürgerbeteiligung führen. Denn weiß ich nicht, was mit meiner Stimme geschieht – tun „die da oben eh das, was sie wollen“ – beteilige ich mich eben nicht mehr. Dies würde allerdings dem Sinn und Zweck der Liquid Democracy – der Bürgerbeteiligung – widersprechen. Ist der Abstimmungsvorgang nicht in wesentlichen Teilen öffentlich – wie hier dadurch der Fall, dass der Bürger sich eben nicht sicher sein kann, was mit seiner Stimme geschieht – so verstößt dies gegen den Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl.

Zudem stößt das Delegated-Voting-Prinzip bezogen auf das Liquid-Democracy-Konzept dort an seine Grenzen, wo Quoren betroffen sind. Letztlich trage ich meine Stimme in Bereichen an andere Personen weiter, an denen ich nicht interessiert bin. Angesichts der Großzahl der zu treffenden Entscheidungen und der Tatsache, dass die Abstimmung ihres Delegierten geheim gehalten werden muss, ist es jeder Person wohl kaum möglich, alle Sachgebiete zu überblicken. Dies führt jedoch m.A. dazu, dass nur wenige „Superdelegierte“²⁰² mit ihren Vorschlägen alle Quoren überschreiten könnten und gar die Diskussion dominieren würden. Personen mit weniger Stimmgewicht könnten ihre Meinung zwar weiterhin äußern; allerdings laufen sie Gefahr, von Anfang der Debatte an benachteiligt zu werden, da ihre Meinung im Vergleich zu der der „Superdelegierten“ als inferior angesehen werden könnte.

Letztlich ist auch die Frage nach der Manipulation eine wichtige. Denn wo viele Stimmen zusammentreffen, liegt ebenfalls ein großes Manipulationspotential, welches in Abhängigkeit von der Person, die manipuliert werden soll, von unterschiedlicher Höhe sein kann. Besonders im Falle

²⁰⁰ Silberkuhl in Hömig, Art. 38 Rdn. 13

²⁰¹ ebd., Art. 38 Rdn. 10

²⁰² Lohmann, <http://blog.nlohmnn.me/20121210/superdelegierte/>

von Kettendelegationen in Verbindung mit der Geheimheit der Wahl ist dies der Fall. Person A könnte seine Stimme an Person B weitergeben, dieser an Person C, dieser an Person D und so weiter. Dies stellt einerseits einen klaren Verstoß gegen die Unmittelbarkeit der Wahl dar, da zwischen der Abgabe der Stimme durch Person A und die letztendliche Entscheidung – hier die Wahl der Person D – mehrere fremde Willensentscheidungen stehen²⁰³. Zudem könnte, wie oben ausgeführt, eine Person, die viele Stimmen auf sich vereint, die Debatte dominieren und so fast im Alleingang eine Sachentscheidung veranlassen. In Parlamenten ist dies anders – hier müsste die Mehrheit der Abgeordneten bestochen werden, um eine Sachentscheidung im Sinne des Manipulierenden stattfinden zu lassen. Dies erfordert jedoch eine weitaus größere kriminelle Energie und birgt ein größeres Risiko, entdeckt zu werden. Dies fußt auch wiederum auf dem Grundsatz der Öffentlichkeit – da ich als Wähler eines Delegierten nicht weiß, was mit meiner Stimme geschieht und ich daher auch nicht wissen kann, wie es zur Sachentscheidung kam, fällt mir auch ein möglicher Manipulationsfall recht spät auf.

Vor diesem Hintergrund würde das Delegated Voting gegen die Wahlrechtsgrundsätze und damit gegen die Verfassung verstoßen. Da dies kein Teil der Cooperative Liquid Democracy ist, wird diese jedoch damit nicht verfassungswidrig.

Zulässigkeit der Quoren und Fristen

Die Cooperative Liquid Democracy sieht als Instrument zur Vermeidung nicht mehrheitsfähiger Anträge von Bürgern Quoren vor.

Quoren und Fristen im üblichen Verfahren

Als Quorum im üblichen Verfahren setzt Cooperative Liquid Democracy zwischen zwei und drei Prozent der Mitglieder des Organes an. Für das bisherige Verfahren des Bürgerentscheides braucht es ein erfolgreiches Bürgerbegehren. Das Bürgerbegehren fordert gemäß § 32 Abs. 4 S. 1 NKomVG, dass mindestens zehn Prozent der nach § 48 NKomVG in der Kommune Wahlberechtigten das Bürgerbegehren unterzeichnen. Dieses Quorum soll sicherstellen, dass den Bürgern nur ein diskussionsfähiges, potentiell mehrheitsfähiges Anliegen zur Entscheidung vorgelegt wird²⁰⁴. Zwar sind Quoren aus meiner Sicht nicht demokratiefreundlich. Sie verstoßen allerdings dann nicht gegen das Demokratieprinzip, wenn sie die Grundsätze dieses nicht widersprechen. Die Volkssouveränität wäre dabei lediglich angegriffen, wenn die Staatsgewalt nicht vom Volk ausgehen würde²⁰⁵. Jedoch ist bei der Liquid Democracy zu beachten, dass sowohl bei Erreichen als auch bei Nicht-Erreichen des Quorums eine Machausübung durch

²⁰³ Silberkuhl in Hömig, Art. 38 Rdn. 7

²⁰⁴ Blum/Häusler/Meyer, § 32 Rdn. 34

²⁰⁵ in Anlehnung an Jarass/Piero, Art. 20 Rdn. 4

das Volk erfolgt – lediglich geschieht dies auf eine andere Weise. Erreicht das Liquid-Democracy-Organ die erforderlichen Quoren nicht, so entscheidet zwar die Vertretung quasi „im Alleingang“, die Vertretung ist allerdings nach wie vor ein gewähltes Organ, welches zu den jetzigen Regeln des NKomVG gewählt und zusammengesetzt ist. Unzulässig wäre dagegen die Bindung an Quoren, wenn bei Nicht-Erreichen des Quorums kein gewähltes Organ, sondern etwa ein nicht vom Bürger gewähltes Verwaltungsgremium die Entscheidung treffen würde. In diesem Falle wäre nämlich die Legitimation durch das Volk nicht mehr gegeben; die Staatsgewalt würde nicht mehr vom Volke ausgehen.

Da zu niedrige Quoren die Kommune durch ständige, nicht mehrheitsfähige Entschlüsse lahmlegen könnten und zu hohe Quoren dem Sinn einer höheren Bürgerbeteiligung widersprechen würden, muss dabei ein Mittelweg gefunden werden, der schwierig in Zahlen zu messen ist. Meiner Meinung nach wäre es unsinnig, das Quorum so zu setzen, dass eine einzige Person einen Antrag stellen könnte. Andererseits wäre ein Quorum von zehn Prozent wiederum zu hoch, da dann durch die Liquid Democracy kaum ein Vorteil zu bereits vorhandenen Bürgerentscheiden entstehen würde. Vor diesem Hintergrund halte ich ein Quorum in Höhe von drei Prozent der wahlberechtigten Bürger (gemäß § 48 NKomVG) für sinnvoll und verfassungsgemäß.

Dass die Entscheidung des Liquid-Democracy-Organes nur dann zulässig ist, wenn die Mehrheit der mit JA stimmenden Personen mindestens 25 % der Wahlberechtigten beträgt, ist m.E. nach zulässig. Dieses sogenannte Zustimmungsquorum soll die Legitimität der Entscheidung durch ein Mindestmaß an Bürgerbeteiligung sichern²⁰⁶. Die Anwendung eines sogenannten Zustimmungsquorums ist dabei unzweifelhaft verfassungsgemäß²⁰⁷. Ob ein geringeres Quorum im Konzept der Cooperative Liquid Democracy denkbar wäre, da jede Entscheidung neben der Legitimation durch das Liquid-Democracy-Organ auch durch die Vertretung legitimiert wird, sei dahingestellt. Es ist jedenfalls rechtmäßig, ein Quorum von 25 % zur Entscheidungsfähigkeit des Liquid-Democracy-Organes anzusetzen.

Es spricht auch nicht gegen die Verfassung, dass die Entscheidung des Liquid-Democracy-Organes, wenn sie das o.g. Quorum nicht erreicht, als Enthaltung zählt und damit die Vertretung alleine entscheidet. Denn erstens wird die Staatsgewalt nach wie vor vom Volke ausgeübt – in Form der Vertretung. Zweitens liegt es m.A. nach durchaus im möglichen Rahmen des Liquid-Democracy-Organes, dieses Quorum zu erreichen. Dafür spricht auch, dass bisherige Regelungen zum Bürgerentscheid in § 33 Abs. 3 S. 3 NKomVG ebenfalls eine derartige Hürde aufstellen. Das Liquid-Democracy-Organ zieht quasi seinen Antrag zurück und „überträgt“ diesen an die

²⁰⁶ Blum/Häusler/Meyer, § 33 Rdn. 3

²⁰⁷ a.a.O.

Vertretung. Die Dauer des „Einfrierens“ in Höhe von zwei Wochen ist eine reine Verfahrensangelegenheit. Sie dient der Erhöhung der Legitimation der Entscheidung dadurch, dass der Bürger mehr Zeit für seine Entscheidung erhält. Dies ist ebenfalls m.A. verfassungsgemäß.

Verfahren bei wiederholtem Initiativrecht in derselben Sachentscheidung

Das Liquid-Democracy-Organ kann nur nach Ablauf von zwei Jahren in der gleichen Sache erneut entscheiden.

Eine ähnliche Regelung existiert in den §§ 32 Abs. 2 S. 1 HS. 2, 33 Abs. 3 S. 2 NKomVG. Demnach sind ein Bürgerbegehren und damit auch ein Bürgerentscheid in Angelegenheiten unzulässig, zu denen innerhalb der letzten zwei Jahre bereits solche Verfahren durchgeführt wurden. Dabei ist nach objektiven Maßstäben zu entscheiden, ob der Gegenstand des Bürgerbegehrens mit einer bereits beschlossenen Angelegenheit identisch ist, etwa in Bezug auf Inhalt und Zielsetzung des Begehrens²⁰⁸. Eine derartige Regelung ist zwar m.E. nach nicht demokratieförderlich, allerdings würde ein Wegfallen einer Frist wiederum dazu führen, dass die Vertretung de facto in ihrer Macht stark beschränkt wäre und es ein ständiges „Tauziehen“ geben könnte. Ähnlich sehe es aus, wenn man anstatt der Frist ein hohes Quorum, etwa in Höhe von 60 %, setzen würde. Es sei das Beispiel der Eröffnung eines Schwimmbades angeführt. Die Bürger möchten dieses Schwimmbad hierbei besonders gerne haben – das Liquid Democracy-Organ stimmt mit 85 % zu 15 % ab. Die Vertretung allerdings lehnt den Bau und Betrieb des Schwimmbades einstimmig ab. Insgesamt fällt die Entscheidung also mit 42,5 % zu 57,5 % negativ aus. Das Liquid-Democracy-Organ könnte – selbst bei einem Quorum von 60 % - die gleiche Angelegenheit direkt im Anschluss an die Entscheidung erneut einbringen und so die Vertretung letztlich zu einer bestimmten Entscheidung „zwingen“. Dies würde m.A. nach dazu führen, dass in die Kommune Unruhe getragen wird; auch die Regelung des § 32 Abs. 2 S. 1 NKomVG soll dies sichern²⁰⁹. Wie lang die Frist zu setzen ist, ist m.A. nach eine Frage der Abwägung zwischen der Bürgerbeteiligung und der Handlungsfähigkeit der Kommune. Eine Frist von zwei Jahren ist dabei m.E. nach verfassungskonform. Insbesondere verstößt dies weder gegen die Volkssouveränität – schließlich werden die Entscheidungen weiterhin von der Vertretung, einem demokratisch gewählten Organ, ausgeführt – noch schränkt es die Bürgerbeteiligung unverhältnismäßig ein. Dies dient auch der Rechtsicherheit, die ein wesentlicher Bestandteil des Rechtsstaatsprinzips ist²¹⁰.

Insgesamt verstoßen die genannten Quoren- und Fristenregelungen der Cooperative Liquid Democracy daher nicht gegen die Niedersächsische Verfassung oder das Grundgesetz.

²⁰⁸ ebd., § 32 Rdn. 8

²⁰⁹ a.a.O.

²¹⁰ Juraforum.de/Einbock GmbH (Hrsg.), <http://www.juraforum.de/lexikon/rechtsicherheit>

Fazit

Die Zukunft der Demokratie ist und bleibt ein Thema mit sowohl rechtstheoretischer als auch politischer Relevanz. Es mag verlockend erscheinen, das System der Liquid Democracy in seiner radikalsten Form umzusetzen. Jedoch hat sich auch gezeigt, dass die Liquid Democracy im Rahmen der heutigen Verfassung nur begrenzten Spielraum finden kann. Selbst die Umsetzung der abgeschwächten, von mir entwickelten Cooperative-Liquid-Democracy-Theorie ist nicht von Problemen befreit. Es scheint mir als verfassungsrechtlich nur unter den engen Voraussetzungen der Datenintegrität und –sparsamkeit denkbar, eine solche Theorie umzusetzen.

Zudem müsste das NKomVG an die von der Cooperative Liquid Democracy geforderten Maßstäbe angepasst werden. Etwa müsste das Liquid-Democracy-Organ als eigenständiges Organ in das NKomVG aufgenommen werden. Es bräuchte den äquivalenten Paragraphen zu § 58 NKomVG. Der § 58 NKomVG müsste zudem so angepasst werden, dass das Liquid-Democracy-Organ an den Entscheidungen der Vertretung beteiligt würde. Zahlreiche Verfahrensregelungen müssten angepasst werden. Auch die datenschutzrechtlichen Vorgaben müssten in das NKomVG übernommen werden. Die §§ 32, 33 NKomVG könnten m.A. nach entfallen, wobei etwa die Regelungen zu Fristen z.T. in die neuen Regelungen bezüglich des Liquid-Democracy-Organes übernommen werden könnten. Auch wäre m.E. zumindest eine Änderung der NV erforderlich, da durch das Liquid-Democracy-Organ ein demokratisches Organ sui generis²¹¹ erschaffen wird.

Den Kommunen müssen die notwendigen Mittel zur Bereitstellung dieser neuen Form der Demokratie bereitgestellt werden – entweder durch Eigenfinanzierung oder mit Hilfe von Hilfen durch das Land, den Bund oder die Europäische Union. Dies beinhaltet finanzielle Mittel zur Aufstellung von Servern und anderer Technik, aber auch personelle Mittel, etwa Datenschutzbeauftragte und IT-Experten.

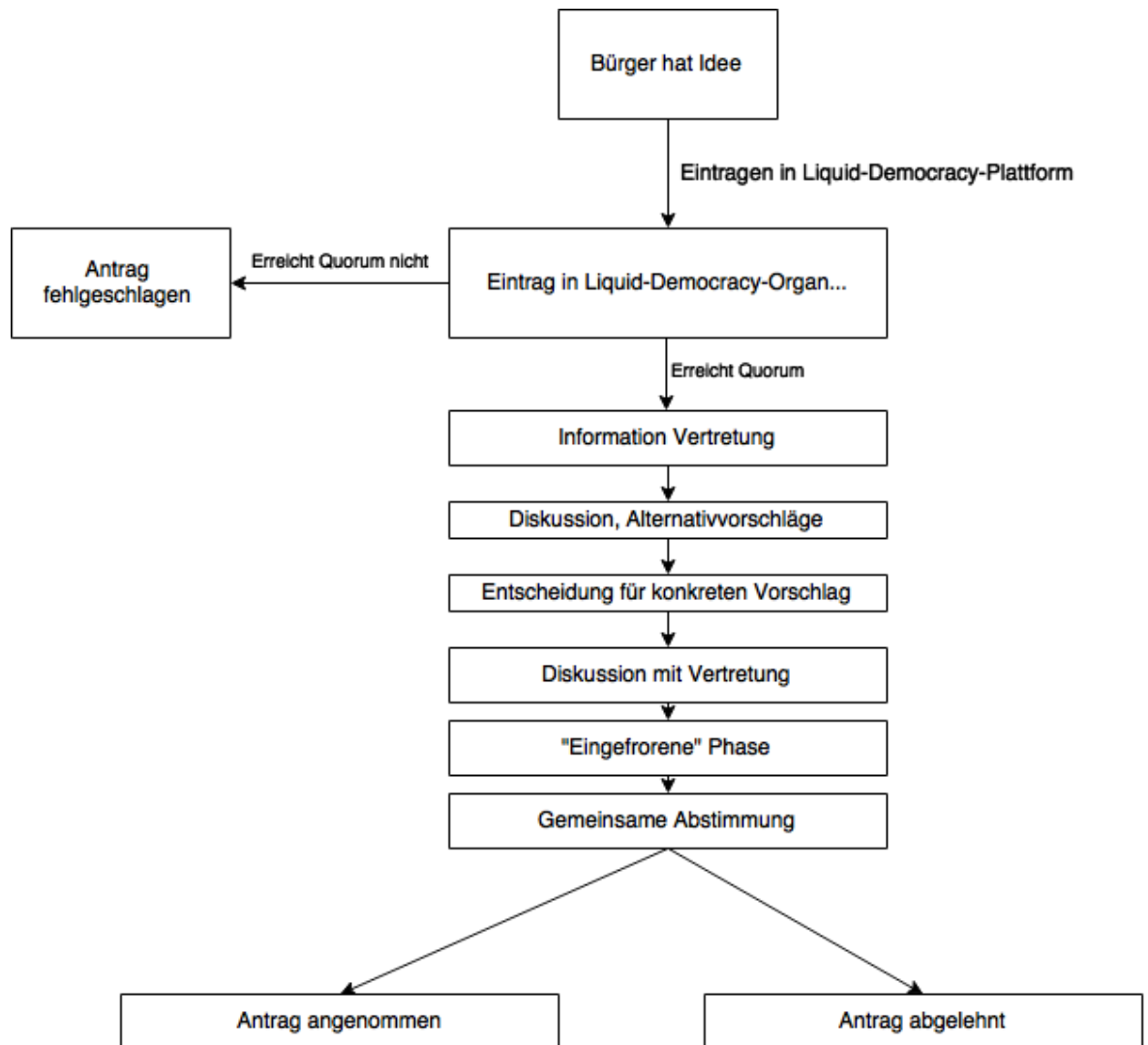
Ob die Cooperative Liquid Democracy in der Praxis Erfolg hat, kann nur eines zeigen – die Erfahrung in der Praxis. Dabei möchte ich abschließend auf eine Äußerung des ehemaligen Bundeskanzlers Willy Brandt verwiesen: „Wir wollen mehr Demokratie wagen“²¹². Genau diesen Mut sollten wir auch weiterhin verfolgen.

²¹¹ lat.: einzigartig, vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-europa/16938/sui-generis>

²¹² Brandt, http://www.willy-brandt.de/fileadmin/brandt/Downloads/Regierungserklaerung_Willy_Brandt_1969.pdf

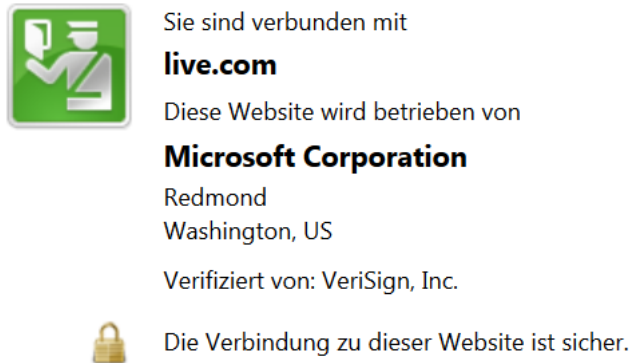
Anhang

Abbildung 1:



Quelle: Eigendarstellung

Abbildung 2:



Quelle: Informationen zur gesicherten Verbindung von live.com, angezeigt von Firefox 38.0.5

Abbildung 3:

Dieses Zertifikat wurde für die folgenden Verwendungen verifiziert:

SSL-Client-Zertifikat

SSL-Server-Zertifikat

Ausgestellt für

Allgemeiner Name (CN) login.live.com
Organisation (O) Microsoft Corporation
Organisationseinheit (OU) Passport
Seriennummer 0D:C0:48:75:70:1D:09:0D:9F:36:45:DA:26:F5:1F:E7

Ausgestellt von

Allgemeiner Name (CN) VeriSign Class 3 Extended Validation SSL SGC CA
Organisation (O) VeriSign, Inc.
Organisationseinheit (OU) VeriSign Trust Network

Gültigkeitsdauer

Beginnt mit 17.10.2014
Läuft ab am 01.12.2015

Fingerabdrücke

SHA-256-Fingerabdruck C8:79:AD:8B:57:20:52:2D:78:C2:02:5B:10:98:41:7A:
03:92:E4:95:44:35:7C:CC:DB:BD:E8:70:50:12:C0:E3
SHA1-Fingerabdruck D4:18:6B:6E:6D:82:6A:53:C9:A6:2E:F2:C0:CD:1B:45:C0:E7:E6:C4

Quelle: Zertifikat-Ansicht von login.live.com, angezeigt von Firefox 38.0.5

E-Mail von Rouven Brües, 19.02.2014, Re: Liquid Democracy, rouven.brues@liqd.de

Hallo Jan,

vielen Dank für Deine Email und Dein Interesse an unserer Arbeit.

Das Konzept der Liquid Democracy kann auf viele verschiedene Weisen artikuliert und definiert werden. Ich habe der Email eine Liste von Literatur angehängt, in der das Konzept als Mischform von repräsentativer und direkter Demokratie als auch als Realisierung einer deliberativen Demokratie verstanden wird.

Letztendlich ist es so, dass jeder Software-Ansatz (Adhocracy, Liquid Feedback, etc.) verschiedene Prinzipien einer Liquid Democracy unterschiedlich stark realisiert bzw. gewichtet.

Wir schreiben, dass es nicht unser Ziel ist, allgemeine Wahlen zu ersetzen, da wir mehr Wert darauf legen mit Hilfe von digitalen Medien mehr Partizipation und dadurch einen deliberativen Raum zu eröffnen. Uns geht es darum Entscheidungsfindungsprozesse digital zu demokratisieren.

Ob nun ein repräsentatives Parlament das letzte Wort hat, oder ob die Entscheidung, die online getroffen wurde bindend ist, sind verschiedene Auslegungen der Liquid Democracy, die verschiedene Effekte und Konsequenzen haben. Es spricht gegen Liquid Democracy, dass bestehende Parlamente alle 4 oder 5 Jahre gewählt werden. Es wäre aber beispielsweise auch denkbar, dass digital getroffene Entscheidungen vom Parlament besprochen werden müssen oder als veto agieren können. Falls Du zufällig in Berlin sein solltest, bist Du herzlich eingeladen zu unseren Themenabenden im Verein zu kommen und weiter zu diskutieren. Die Themenabende werden auf unserer Internetseite und in unserem Newsletter angekündigt.

Falls Du noch (Nach-) Fragen haben solltest, kannst Du mir gerne schreiben!

Ich hoffe ich konnte ein bisschen weiterhelfen.

Mit freundlichen Grüßen,

Rouven Brües

Liquid Democracy e.V.

Fidicinstr. 30

10965 Berlin

T +49 30 9152 9396

E rouven.brues@liqd.de

E-Mail von Dr. Frieder Vogelmann, 28.06.2015, Re: Bachelor-Arbeit zum Thema Liquid Democracy, frieder.vogelmann@uni-bremen.de

Lieber Herr Meyer,

ich fürchte, da erwischen Sie mich auf dem falschen Fuß, denn ich habe mich gerade nicht mit den rechtlichen Aspekten von LD beschäftigt, sondern mit der politischen Bedeutung oder den politischen Konsequenzen dieser Idee. Aus dieser Perspektive ist LD ein Vorschlag, die repräsentative Demokratie umzugestalten und damit per se nicht "verfassungskonform", sondern der Vorschlag für eine andere Verfassung. Deshalb habe ich mich auch nicht mit der Implementierung Liquid Friesland befasst, kann Ihnen also dazu keine Auskunft geben.

Als in der Politischen Theorie Arbeitender halte ich diese radikale Form für den interessantesten Aspekt an LD; ob man die Idee "flüssiger Partizipation" auch unterhalb umsetzen kann, hängt vermutlich davon ab, wie man diese Idee ausbuchstabiert. Eine Implementierung, die die Beschlüsse von LD nicht als bindend [sic!] ansieht, sondern als bloße Vorschläge, halte ich allerdings für witzlos - dann wäre LD nicht viel mehr als ein nettes Sandkastenspiel, das aber auf die Entscheidungen keinen Einfluss hat. Natürlich können Sie das anders sehen, wenn Sie einen stärker deliberativen Demokratiebegriff favorisieren; dann könnte man LD nicht so sehr als Entscheidungsmechanismus ansehen, der die repräsentative Demokratie umgestaltet, sondern als vorgelagertes Deliberationsverfahren, was die bestehende repräsentative Demokratie ergänzt.

Nicht davon, fürchte ich, berührt jedoch direkt Ihr Thema der bestehenden rechtlichen Grenzen von LD.

Mit freundlichen Grüßen,

Frieder Vogelmann

Literaturverzeichnis

Aden, Hartmut: Online-Demokratie: Verfassungsrechtliche Möglichkeiten und Grenzen,
http://www.kj.nomos.de/fileadmin/kj/doc/2002/20024Aden_S_398.pdf,

Letzte Aktualisierung: o.D.,

Download: 26.06.2015

Assion, Simon: Chilling Effects und Überwachung,

<http://www.telemedicus.info/article/2866-Chilling-Effects-und-UEberwachung.html>,

Letzte Aktualisierung: 26.11.2014,

Download: 27.06.2015

Assion, Simon: Was sagt die Rechtsprechung zu Chilling Effects?,

<http://www.telemedicus.info/article/2773-Was-sagt-die-Rechtsprechung-zu-Chilling-Effects.html>,

Letzte Aktualisierung: 09.05.2014,

Download: 27.06.2015

Behrens, Jan: Liquid Democracy for Civic Participation – A View on LiquidFriesland,

http://www.liquid-democracy-journal.org/issue/2/The_Liquid_Democracy_Journal-Issue002-07-LD_for_Civic_Participation_-_A_View_on_LiquidFriesland.html,

Letzte Aktualisierung: 07. Juli 2014,

Download: 27.06.2015

Boie, Johannes: Überwachung führt zu Einschüchterung,

<http://www.sueddeutsche.de/digital/privatsphaere-das-internet-ein-ueberwachtes-zuhause-1.1746611-2>,

Letzte Aktualisierung: 15.08.2013,

Download: 27.06.2015

Blum, Peter; Häusler, Bernd; Meyer, Humbert: Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz, Kommentar, 3. Auflage, Wiesbaden 2014. Zit: Bearbeiter in Blum/Häusler/Meyer

Brandt, Willy: Regierungserklärung,

[http://www.willy-](http://www.willy-brandt.de/fileadmin/brandt/Downloads/Regierungserklaerung_Willy_Brandt_1969.pdf)

[brandt.de/fileadmin/brandt/Downloads/Regierungserklaerung_Willy_Brandt_1969.pdf](http://www.willy-brandt.de/fileadmin/brandt/Downloads/Regierungserklaerung_Willy_Brandt_1969.pdf),

Letzte Aktualisierung: 28.10.1969,

Download: 27.06.2015

Bremke, Nils: Der Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl und Internetwahlen,

<http://rsw.beck.de/cms/?toc=MMR.ARC.200404&docid=116194>,

Letzte Aktualisierung: 2004,

Download: 27.06.2015

Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V.: Internetnutzung,

https://www.bitkom.org/de/markt_statistik/64026_38541.aspx,

Letzte Aktualisierung: 2014,

Download: 26.06.2015

Committee on National Security Systems: CNSS Policy Sheet No. 15, Fact Sheet No. 1. National Policy on the Use of the Advanced Encryption Standard (AES) to Protect National Security Systems and National Security Information,
<http://csrc.nist.gov/groups/ST/toolkit/documents/aes/CNSS15FS.pdf>,
 Letzte Aktualisierung: Juni 2003,
 Download: 27.06.2015

Dambeck, Holger: Psychologie: Beobachtete ändern ihr Verhalten,
<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/psychologie-beobachtete-veraendern-ihr-verhalten-a-920040.html>,
 Letzte Aktualisierung: 03.09.2013,
 Download: 26.06.2015

Eisel, Stephan: LiquidFriesland – ein gescheitertes Experiment,
<http://www.kas.de/wf/de/33.37819/>,
 Letzte Aktualisierung: 22.05.2014,
 Download: 27.06.2015

Epping, Volker; Hillgruber, Christian: Grundgesetz. GG. Kommentar, 2. Auflage, München 2013;
 Zit: Bearbeiter in Epping/Hillgruber

Erb, Najda; Doemens, Karl: Was tun gegen sinkende Wahlbeteiligung?,
<http://www.fr-online.de/politik/politikverdrossenheit--was-tun-gegen-sinkende-wahlbeteiligung-,1472596,30683908.html>,
 Letzte Aktualisierung: 12.05.2015,
 Download: 26.06.2015

Ernst, Nico: UN-Bericht sieht Internetzugang als Menschenrecht,
<http://www.golem.de/1106/83968.html>,
 Letzte Aktualisierung: 04.06.2011,
 Download: 27.06.2015

Fehndrich, Martin: Bürgerentscheid in Minden ausschließlich per Briefabstimmung,
<http://www.wahlrecht.de/news/2007/33.htm>,
 Letzte Aktualisierung: 22.11.2007,
 Download: 26.06.2015

Floren, Franz Josef: Politik-Wirtschaft 11. Politische Strukturen und Prozesse in Deutschland und Wirtschaftspolitik in der sozialen Marktwirtschaft, 1. Auflage, Paderborn 2010

Gröpl, Christoph: Staatsrecht I,
http://www.uni-saarland.de/fileadmin/user_upload/Professoren/fr11_ProfGroepf/lehre___nur_Pdfs_/lehre1314/SRI13WfW.pdf,
 Letzte Aktualisierung: o.D.,
 Download: 27.06.2015

Haibl, Fabian; Hötzel, Gerrit: Verfassungskonformer Einsatz rechnergesteuerter Wahlgeräte. Anforderungen und Lösungsvorschläge, 1. Auflage, Kassel 2014

Heußner, Hermann; Pautsch, Arne: Olympia rechtfertigt keinen Verfassungsbruch – der gefährliche Griff nach dem Plebiszit.,
http://www.wiso.hs-osnabrueck.de/uploads/media/Olympia_rechtfertigt_keinen_Verfassungsbruch_Heu%C3%9Fner_Pautsch__2015-01-21_01.pdf,
 Letzte Aktualisierung: 21.01.2015,
 Download: 26.06.2015

Hömig, Dieter: Grundgesetz, Kommentar, 9. Auflage, Baden-Baden 2010, Zitiert: Bearbeiter in Hömig.

Jabbusch, Sebastian: Die Idee von Liquid Democracy heute.,
http://www.sebastianjabbusch.de/wp-content/uploads/2011/04/Die_Idee_von_Liquid_Democracy.pdf,
 Letzte Aktualisierung: o.D.,
 Download: 26.06.2015

Jabbusch, Sebastian: Liquid Democracy in der Piratenpartei. Eine neue Chance für innerparteiliche Demokratie im 21. Jahrhundert?,
<http://www.sebastianjabbusch.de/wp-content/uploads/2011/10/Liquid-Democracy-in-der-Piratenpartei-Eine-Neue-Chance-fur-die-innerparteiliche-Demokratie-im-21-Jahrhundert-By-Sebastian-Jabbusch.pdf>,
 Letzte Aktualisierung: o.D.,
 Download: 26.06.2015

Jarass, Hans; Pieroth, Dr. Bodo: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Kommentar, 11. Auflage, München 2011

Jochmann, Jakob: Einfach erklärt: Liquid Democracy,
https://www.youtube.com/watch?v=r0G_vuWTOUw,
 Letzte Aktualisierung: 29.07.2010,
 Download: 26.06.2015

Kraft, Steffen: Was ist Liquid Democracy?,
<https://www.freitag.de/autoren/steffen-kraft/was-ist-liquid-democracy>,
 Letzte Aktualisierung: 02.08.2012,
 Download: 26.06.2015

Kühl, Eike: Wie wir das Misstrauen lieben lernen,
<http://www.zeit.de/digital/internet/2015-05/republica-misstrauen-politik-internet-zuckerman>,
 Letzte Aktualisierung: 05.05.2015,
 Download: 27.06.2015

Landesinstitut für Schulentwicklung: Grundsätzliches zur Legislative.,
<http://www.schule-bw.de/unterricht/faecher/gemeinschaftskunde/material/partizipation/legislative/grundsatzliches.htm>,
 Letzte Aktualisierung: o.D.,
 Download: 26.06.2015

Landkreis Friesland: Liquid Friesland – Evaluierungsbericht Juni 2013.,
https://www.friesland.de/downloads/datei/OTAxMDA0MTUzOy07L3Vzci9sb2NhbC9odHRwZC92aHRkb2NzL2ZyaWVzbGFuZC9mcmlc2xhbmQybWVkaWVuL2Rva3VtZW50ZS9saXF1aWRmcmlc2xhbmRfZXZhHVpZXJ1bmdfanVuaTIwMTMucGRm&ei=XK2NVdq3Bou0UYa_gsgB&u sg=AFQjCNGrvMk3XdDYbetaULgkV3kVigBtjw&bvm=bv.96783405,d.d24&cad=rja,
 Letzte Aktualisierung: o.D.,
 Download: 26.06.2015

Liquid Democracy e.V. (Hrsg.): Direkter Parlamentarismus/Einführung.
http://wiki.liqd.net/Direkter_Parlamentarismus/Einführung,
 Letzte Aktualisierung: o.D.,
 Download: 26.06.2015

Liquid Democracy e.V.: Liquid Democracy.,
<https://liqd.net/schwerpunkte/theoretische-grundlagen/liquid-democracy/>,
 Letzte Aktualisierung: o.D.,
 Download: 26.06.2015

Lohmann, Niels: Über Superdelegierte,
<http://blog.nlohmnn.me/20121210/superdelegierte/>,
 Letzte Aktualisierung: 10.12.2012,
 Download: 26.06.2015

Maunz, Theodor; Dürig, Günther: Grundgesetz, Kommentar, 73. Ergänzungslieferung, München 2014; zit. Bearbeiter in Maunz/Dürig

Möstl, Markus (Hrsg.); Brenner, Michael (Hrsg.); Huber, Peter (Hrsg.): Der Staat des Grundgesetzes - Kontinuität und Wandel. Festschrift für Peter Badura zum siebzigsten Geburtstag, 1. Auflage, Tübingen 2004

Nitsche, Andreas; Interaktive Demokratie (Hrsg.): Liquid Democracy ist keine Alternative zur parlamentarischen Republik.,
<http://www.interaktive-demokratie.org/news/2013/20130417-Liquid-Democracy-ist-keine-Alternative-zur-parlamentarischen-Republik.de.html>,
 Letzte Aktualisierung: 17.04.2013,
 Download: 26.06.2015

Paetsch, Jennifer; tagesschau.de: Die re:publica in Berlin diskutiert über Liquid Democracy. "Mehr Austausch führt zu besseren Ergebnissen",
<http://www.tagesschau.de/inland/liquiddemocracy102.html>,
 Letzte Aktualisierung: 04.05.2012,
 Download: 26.06.2015

Peucker, Martina: Staatsorganisationsrecht, 2. Auflage, München 2011

Rudolph, Michael: Delegationen.,
<http://blog.nlohmnn.me/20130314/delegationen/>,
 Letzte Aktualisierung: 14.03.2013,
 Download: 26.06.2015

Rundfunk Berlin Brandenburg, 2012. Die Piraten - Blender oder update der Demokratie? - Der politische Bürgertalk, Klipp & Klar. [Aufzeichnung]., <https://www.youtube.com/watch?v=E-nFpJ5TMh8>,
 Letzte Aktualisierung: 18.04.2012 (Ausstrahlung im rbb am 20.04.2012),
 Download: 30.06.2015

Sachs, Dr. Michael: Grundgesetz, Kommentar, 7. Auflage, München 2014

Schirrmeister, Benno; Schulte, Ulrich: Wachsende Politikverdrossenheit. Arm, abgehängt, ohne Stimme,
<http://www.taz.de/!5008465/>,
 Letzte Aktualisierung: 11.05.2015,
 Download: 27.06.2015

Schrepf, Heike; Greif, Norbert; Richter, Dieter: Wahlgeräte in Deutschland, Datenschutz und Datensicherheit February 2009, Volume 33, Issue 2, S. 88 – 91

Seeger, Jürgen: Liquid Democracy: Mit Software zu mehr Mitbestimmung,
<http://www.heise.de/ix/meldung/Liquid-Democracy-Mit-Software-zu-mehr-Mitbestimmung-1627569.html>,
 Letzte Aktualisierung: 28.06.2012,
 Download: 26.06.2015

Seybold, Jan; Neumann, Wolfgang; Weidner, Frank; Koop, Michael (Hrsg.); Weidemann, Holger (Hrsg.): Niedersächsisches Kommunalrecht, 2. Auflage, Hamburg 2012

Stadt Konstanz: Absoluten Schutz vor Hacker-Angriffen gibt es nicht,
<http://www.konstanz.de/rathaus/medienportal/mitteilungen/06298/index.html>,
 Letzte Aktualisierung: 02.04.2014,
 Download: 27.06.2015

Thiele, Carmen: Regeln und Verfahren der Entscheidungsfindung in Staaten und Staatenverbindungen. Staats- und kommunalrechtliche sowie europa- und völkerrechtliche Untersuchungen, 1. Auflage, Heidelberg 2008

United Nations, Human Rights Council/GA: Report of the Special Rapporteur on the promotion and protection of the right to freedom of opinion and expression, Frank La Rue,
http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/docs/17session/A.HRC.17.27_en.pdf,
 Letzte Aktualisierung: 16.05.2011,
 Download: 27.06.2015

Viehmann, Sebastian: Plätze für Deutsche: In diesem Bus dürfen Ausländer nur hinten sitzen,
http://www.focus.de/auto/ratgeber/unterwegs/was-soll-der-scheiss-plaetze-fuer-deutsche-in-diesem-bus-duerfen-auslaender-nur-hinten-sitzen_id_4773058.html,
 Letzte Aktualisierung: 24.06.2015,
 Download: 27.06.2015

von Lucke, Albrecht: Demokratie ohne Volk,
<https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2010/juli/demokratie-ohne-volk>,
 Letzte Aktualisierung: Juli 2010,
 Download: 27.06.2015

Würgler, Andreas: Gemeindeversammlungen,
<http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D10240.php>,
Letzte Aktualisierung: 19.08.2005,
Download: 26.06.2015

Zweites Deutsches Fernsehen: Bundestag: Kampf dem Cyber-GAU,
<http://www.heute.de/bundestag-verabschiedet-it-sicherheitsgesetz-38845456.html>,
Letzte Aktualisierung: 12.06.2015,
Download: 27.06.2015